

Günther Schulz (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 3: Bundesrepublik 1949–1957. Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität, hrsg. v. Bundesministerium für Arbeit und Soziales und vom Bundesarchiv, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2005, XIV, 1151 S., eine CD-Rom, geb., 157,94 €.

Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 5: Bundesrepublik Deutschland 1966–1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, hrsg. v. Bundesministerium für Arbeit und Soziales und vom Bundesarchiv, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2006, XIV, 1133 S., eine CD-Rom, geb., 149,00 €.

I. DAS GESAMTPROJEKT

Die Geschichte der Sozialpolitik seit 1945, ein auf elf Bände ausgelegtes, umfassendes Werk, ist bislang in der Öffentlichkeit nur wenig beachtet worden, obgleich es eines der ehrgeizigsten Unternehmen ist, die sich bislang mit der deutschen Nachkriegsgeschichte beschäftigt haben. Band 1 thematisiert Grundlagen der Sozialpolitik, Band 2 die Zeit der Besatzungspolitik. Die folgenden Bände 3 bis 7 haben die Geschichte der Bundesrepublik zum Gegenstand, drei weitere Bände, die Bände 8 bis 10, handeln über die DDR. Band 11 ist der Vereinigung und den ersten Jahren der erweiterten Bundesrepublik gewidmet. Herausgeber des Gesamtprojektes sind das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesarchiv, der Wissenschaftliche Beirat ist mit sozialhistorisch und sozialpolitisch einschlägig ausgewiesenen Wissenschaftlern besetzt, das Gleiche gilt für die Bandherausgeber. In dieser Besprechung geht es um die Bände 3 und 5, die von Günther Schulz und Hans Günter Hockerts, der auch dem Beirat angehört, herausgegeben werden. Die Bände behandeln die Jahre 1949 bis 1957 und 1966 bis 1974.

Eine gewisse Problematik des Gesamtprojektes liegt in der Betrachtung relativ kurzer Zeitabschnitte, die politischen Phaseneinteilungen folgen. Dadurch könnten längerfristige Entwicklungslinien nicht hinreichend in den Blick kommen bzw. historisch-genetische durch systematische Ansätze verdrängt werden, was indes in den beiden Bänden vor allem durch die Einleitungs- und Schlusskapitel vermieden wird. Ein anderes Problem mag man darin sehen, dass die Sozial- und Gesellschaftspolitik, weit weniger aber die Entwicklung der sozialen Verhältnisse und der Gesellschaft thematisiert werden.

II. RAHMENBEDINGUNGEN VON SOZIALPOLITIK

Die Bände 3 und 5 sind analog aufgebaut. In einem breiter angelegten Einleitungskapitel werden jeweils die Rahmenbedingungen thematisiert. Darunter fasst Schulz politische, administrative und rechtliche »Rahmenbedingungen«, unter denen er grundlegende Weichenstellungen und die politische Gesamtentwicklung samt ihren wichtigsten Akteuren, die Bevölkerungsentwicklung, die Wirtschaftsentwicklung einschließlich der Erwerbstätigkeit sowie Gesellschaft und Kultur fasst, wobei es um Werthaltungen, Bildung und Ausbildung sowie die Massenmedien geht. Naturgemäß lässt sich fragen, ob die Rahmenbedingungen nicht teilweise Komponenten der sozialpolitischen Entwicklung sind. In einem zweiten Kapitel werden sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder systematisch vorgestellt, wozu die Hauptakteure mit ihren sozialpolitischen Programmen und Arbeitsfeldern sowie die sozialpolitischen Hauptprobleme von den Diktatur- und Kriegsfolgen bis zur Auseinandersetzung um Betriebsverfassung und Mitbestimmung gehören.

Hockerts geht in seiner einleitenden Darstellung der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen im Wesentlichen chronologisch vor. Die Jahre der Großen Koalition fasst

er als »Auftakt zur Reformära«, die frühen Jahre der sozialliberalen Koalition bezeichnet er als »Zenit der Reformära«. In einem weiteren Schritt werden wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen thematisiert, u. a. weltwirtschaftliche Tendenzen, die strukturelle und konjunkturelle Entwicklung der Wirtschaft, doch auch der Wertewandel dargestellt – große Themenfelder, die hier nur als »Rahmenbedingungen« erscheinen. Winfried Süß gibt dann unter der Überschrift »Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder in der Reformära« einen Überblick über die Sozialpolitik in den Regierungserklärungen 1966, 1969 und 1972 und referiert die Positionen der Akteure der Sozialpolitik, von den Bundesministerien über die Parteien bis hin zu den Tarifpartnern, um schließlich die Diskussionen über Leitideen in der Periode 1966–1974 zusammenzufassen.

Die umfangreichen Einführungsteile, die »Rahmen« und Handlungsfelder der Sozialpolitik thematisieren, sind in beiden Bänden souveräne Überblicksdarstellungen der behandelten Jahre, die sich nur wenig auf die folgenden Einzelbeiträge beziehen und vielleicht gerade deshalb überzeugend wirken.

III. SEGMENTIERTE SOZIALPOLITIK

Das eigentliche Schwergewicht liegt bei beiden Bänden auf dem III. Kapitel, in dem die Sozialpolitik jeweils in 17 Bereiche aufgeteilt ist. Dies erleichtert den Überblick über die Entwicklungen in dem jeweiligen Bereich, schneidet die Sozialpolitik aber eben auch auseinander, was zwar der segmentierten sozialpolitischen Praxis entsprechen mag, doch Zusammenhänge und Folgen eher ausblendet. Bemerkenswert ist auch, dass die Wissenschaftler, die diesen Teil bearbeiten, aus verschiedenen Disziplinen kommen und ihre jeweiligen Blickwinkel mitbringen, was den Eindruck einer gewissen methodischen Heterogenität hervorruft. Stark vertreten sind die Juristen, die in Bd. 3 sechs Beiträge und in Band 5 sieben Beiträge stellen; sie beziehen sich in der Regel vorrangig auf die gesetzliche Entwicklung und ihre normativen Bestimmungen und stellen politisch-administrative Fragen in den Vordergrund. Die Historiker haben stärker Akteure, Prozesse und Konflikte im Blick. Als Autoren hinzu kommen mehrere Ökonomen, ein Arbeitswissenschaftler, ein Erziehungswissenschaftler sowie ein Verwaltungswissenschaftler, die jeweils Fachleute auf ihrem Gebiet sind. Eine ähnliche Verteilung der Wissenschaftsdisziplinen weist auch der von Hockerts herausgegebene Band auf: Der größere Teil der Autoren ist in beiden Bänden vertreten, was die Einheitlichkeit des Blickwinkels in dem jeweiligen Bereich über die Zeitgrenzen der Einzelbände gewährleistet. Jedem Einzelbeitrag ist eine Inhaltsübersicht vorangestellt, die die Orientierung erleichtert. Die Bände bieten – gerade wegen der Segmentierung, unterstützt durch ein entsprechendes Sach- und Personenregister – die Möglichkeit einer raschen Information über die durch ausgesprochene Unübersichtlichkeit gekennzeichnete Entwicklung der Teilbereiche der Sozialpolitik. Allerdings sind die behandelten Felder der Sozialpolitik recht ungleichgewichtig, einige Beiträge wirken etwas spezialistisch und sind vor allem für den Fachmann interessant.

Der Begriff Sozialpolitik wird aufs Ganze gesehen weit gefasst. Er schließt etwa die Bildungspolitik, die Wohnungspolitik und die Vermögenspolitik, also gesellschaftspolitische Fragen, mit ein, wobei die Frage der Parallelen, Wechselwirkungen und Verschränkungen der verschiedenen Politikbereiche sich intensiver aufgreifen ließe. Die Wirkung der Sozialpolitik wird nicht gleichmäßig ausgeleuchtet, zumal die Gesellschafts- und die Wirtschaftsgeschichte nur bedingt einbezogen werden. Allerdings werden einige Querschnittsthemen im Beitrag über gemeinsame Fragen der Organisation und des Rechtes der sozialen Leistungen (Peter Krause) aufgegriffen.

Eine Reihe von Beiträgen würde eine eingehende Besprechung verdienen, die hier nicht geleistet werden kann. Dies gilt u. a. für die Beiträge zu Arbeitsverfassung und Ar-

beitsrecht (Reinhard Richardi), Sicherung bei Alter, Invalidität und für Hinterbliebene (Winfried Schmähl), Familien-, Jugend- und Altenpolitik (Ursula Münch), Ausgleich von Kriegs- und Diktaturfolgen, sozialem Entschädigungsrecht (Wolfgang Rübner/Constantin Goschler) und Bildungspolitik (Oskar Anweiler). In aller Regel sind die Beiträge durch besondere Sachkenntnis der Autoren geprägt und solide formuliert. Ein Teil geht insofern über Handbuchartikel hinaus, als nicht nur Fakten referiert, sondern auch unterschiedliche Interpretationen erörtert werden. Erkennbar ist auch das Bemühen, Vergleiche über den nationalen Rahmen hinaus anzustellen. Der internationalen Zusammenarbeit in sozialpolitischen Fragen ist ein gesonderter Beitrag (von Bernd Baron von Maydell bzw. von Eberhard Eichenhofer) gewidmet.

Um die Vielfalt der Entwicklungen zu bündeln, ist in beiden Bänden ein IV. Kapitel angehängt, in dem in einer Gesamtbetrachtung versucht wird, die Sozialpolitik in den Kontext der Zeit einzuordnen und die Hauptbefunde zu interpretieren. Ungeachtet der mangelnden Verschränkung mit den Einzelbeiträgen wird in beiden Fällen in beeindruckender Weise klar, dass von den Entwicklungen der Sozialpolitik her tatsächlich die Geschichte der Bundesrepublik, jedenfalls ihre innere Entwicklung sich erfassen und interpretieren lässt. Allerdings ließe sich eine stärkere Einbeziehung gesellschafts- und teilweise auch wirtschaftsgeschichtlicher Entwicklungen vorstellen. Insgesamt dominiert ein politik- und verwaltungsgeschichtlicher Blick.

IV. KONTINUITÄT UND NEUANSÄTZE 1949–1957

Die Untertitel der Bände deuten jeweils die Herausgeberperspektive und Grundlinien an. 1949–1957 waren für Schulz sozialpolitisch durch die »Bewältigung der Kriegsfolgen und Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität« geprägt, was die Frage nach dem Begriff »Normalität« entstehen lässt. Gab es eine »sozialpolitische Normalität« in der Weimarer Zeit und in der NS-Zeit?

Im Hinblick auf die Frage von Kontinuität und Diskontinuität hebt Schulz die positive und negative Orientierung an Erfahrungen der Weimarer Zeit hervor, wozu auch personelle Kontinuitäten passen. Zurückhaltend beantwortet er die Frage nach der konzeptionellen Kontinuität zur NS-Zeit, die manchmal unterstellt wird. Konzeptionelle Anknüpfungen müssten – so Schulz – nicht bedeuten, dass auch Denkmuster übernommen worden seien. Zu Recht wird festgestellt, dass sich der sozialpolitische Wiederaufbau – verallgemeinert formuliert – in »traditionellen Bahnen vollzogen« hat. Andererseits werden jedoch die hinzukommenden Komponenten gewürdigt: Die Mitbestimmung, die Sozialgerichtsbarkeit, der soziale Wohnungsbau und die Rentenreform werden als Beispiele genannt. Schulz bestätigt somit die »Pfadabhängigkeit« der sozialpolitischen Entwicklung, nach der Institutionen, Verfahren und Instrumente des »überkommenen deutschen Modells« bewahrt wurden. Zugleich aber werden Erweiterungen sozialpolitischer Handlungsfelder gesehen. Die Sozialpolitik leistete »eine systemgemäße Ausdifferenzierung und Erweiterung« des bisherigen Sozialstaates, doch brachten diese »neue Entwicklungen« hervor, »die traditionelle Prägungen sprengten« (S. 951). Dieser interessante Zusammenhang bedarf weiterer Diskussion, die die Kontexte einbezieht und nach kumulativen Effekten fragt. Sicherlich trug die Sozialpolitik dazu bei, durch die Sicherung des Lebensstandards, die zunehmende Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, durch Kindergeld, Wohngeld und Vermögenspolitik die Gesellschaft umzugestalten und zu modernisieren. Hinzu kamen freilich vielfältige ökonomische, politische und kulturelle Momente.

Das Gesamturteil von Schulz über die Sozialpolitik 1949–1957 bleibt allerdings zwiespältig. Zwar sieht er deutliche Fortschritte in Stabilität der Lebensverhältnisse, Wohlstand und sozialpolitischen Leistungen, hebt jedoch zugleich hervor, dass entgegen allzu

nostalgischen Bildern der 1950er-Jahre »die 1950er-Jahre [nie] Knappheit und Einschränkungen hinter sich [ließen] oder gar Jahre des Überflusses wurden« (S. 957). Auch politisch blieb aus Schulz' Sicht manches widersprüchlich. Im Bundestag sei es bei der sozialpolitischen Gesetzgebung – die Dynamisierung der Rente ist eines der Beispiele – immer wieder »zu enger Kooperation zwischen Regierung und Opposition, genauer zwischen SPD und Arbeitnehmerflügel der CDU – bis hin zur Kryptokoalition« – gekommen (S. 958, 998), obwohl die Leitbilder von CDU und SPD sehr gegensätzlich gewesen seien, nach deren Relevanz freilich zu fragen wäre.

Zur Kennzeichnung der Entwicklung der 1950er-Jahre bemüht Schulz die Verbürgerlichungsthese der Arbeitnehmer – ob Moosers These eines »Abschieds von der Proletariät« für die Entwicklung nicht treffender ist, muss hier offen bleiben. Andererseits hebt Schulz das Verschwinden des Bürgertums als Stand hervor und kommt zu der dialektischen These: »das Bürgertum wurde entbürgerlicht, die Gesellschaft aber verbürgerlichte sich« (S. 960). Was »bürgerlich« dann aber heißt, müsste eingehender erörtert werden.

V. SOZIALPOLITIK IN DER REFORMPERIODE 1966–1974

Hans Günter Hockerts und Winfried Süß sehen die Zeit 1966–1974, wie es im Untertitel heißt, als »Zeit vielfältigen Aufbruchs«, die sie in zwei Phasen aufteilen, die durch den Regierungswechsel 1969 getrennt werden: den »Auftakt der Reformen« in den Jahren der Großen Koalition und als »Zenit der Reformära« die »frühen Jahre der sozialliberalen Koalition«. Hockerts / Süß deuten die sozialpolitischen Reformen zu Recht als Teil der »inneren Reformen« jener Jahre, die nicht nur »die Liberalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse nachhaltig vorangebracht«, sondern auch »die Netze der sozialen Sicherung weiter gespannt und dichter geknüpft« haben (S. 961). Die Politik sei »von einer mächtigen Welle der Reformervartung in Kreisen der funktionalen Eliten, der politischen Öffentlichkeit und der Wählerschaft« getragen worden – eine gewiss zutreffende Feststellung, die im historischen Zusammenhang der deutschen und der internationalen Geschichte zu interpretieren wäre. Mancherlei sei Stückwerk geblieben, manches stecken geblieben oder gescheitert. Doch war aus der Sicht der Autoren – und wer wird sich ihnen nicht anschließen – »der Elan des Aufbruchs [...] ungewöhnlich stark und beeindruckend genug« (ebd.). Der Gesamtband mit seinen 17 Einzelbeiträgen, die im Konkreten zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen, lassen jedenfalls nach Hockerts/Süß den Schluss zu, dass auf nahezu sämtlichen Gebieten der Sozialpolitik »eine Fülle von Initiativen« gestartet wurden, »die eine Aufwertung des sozialen Staatsziels und eine Entfaltung der sozialen Demokratie bezweckten« (ebd.). Hockerts/Süß bestätigen den von Manfred G. Schmidt formulierten Befund, dass es in jenen Jahren zu einem »bis dahin beispiellosen Ausbau des Sozialstaates« kam.¹ Manche Züge der Entwicklungen – etwa die starke Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen – wiesen deutsche Spezifika auf. Und doch konstatiert Eric Hobsbawm zu Recht, dass es in jenen Jahren auch in den anderen westeuropäischen Staaten zum Höhepunkt wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung im 20. Jahrhundert kam.²

Aus heute vorherrschender, von den Autoren geteilter Sicht sind die problematischen Annahmen, die dieser Sozialpolitik zu Grunde lagen, offensichtlich. Man ging allerorten von kontinuierlich hohen Wachstumsraten aus. Als diese ausblieben, musste die Sozialpolitik in eine Krise geraten, auf die sie, die politisch Agierenden und die Wählerinnen und Wähler, in keiner Weise vorbereitet waren.

1 *Manfred G. Schmidt*, Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, 2. überarb. Aufl., Opladen 1998, S. 78.

2 *Eric Hobsbawm*, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München etc. 1995, S. 358 ff.

Die inzwischen häufiger gestellte Frage, inwieweit die sozialliberale Reformpolitik zu einer – wie Manfred Görtemaker formuliert hat – »Umgründung« der Bundesrepublik führte³, wird von Hockerts/Süß kritisch beurteilt. Sie räumen den tiefgreifenden Wandel in der politischen Kultur und im Lebensgefühl der Menschen ein, bezeichnen es jedoch als »überzogen«, die Reformen der Regierung Brandt/Scheel dabei in das Zentrum der Betrachtung zu stellen. Sicherlich wurde – so lässt sich anmerken – die politische, soziale und ökonomische Ordnung nicht grundlegend verändert, doch wandelten sich nachhaltig Politikbegriff und politische Kultur. Auch wird man fragen können, ob nicht politisches Handeln und gesellschaftlich-kultureller Wandel so eng verwoben waren, dass sie sich gegenseitig stützten, wobei die Dynamik mehr auf der einen oder anderen Seite liegen konnte und deshalb das Verhältnis jeweils genauer zu untersuchen wäre, was in diesem Werk – schon auf Grund seiner Struktur – nur bedingt geleistet worden ist.

VI. FAZIT

Beigefügt sind beiden Bänden Dokumentensammlungen, die 199 bzw. 158 im Anhang verzeichnete, chronologisch geordnete, auf CD-ROM zur Verfügung stehende Dokumente enthalten, die sehr unterschiedlicher Provenienz, Form und Relevanz sind und mit dem Gesamttext besser verknüpft sein könnten, doch eine Fundgrube darstellen. Aufs Ganze betrachtet sind damit beide Bände Darstellungen, Nachschlagewerke und Arbeitsbücher zugleich. Das elfbändige Gesamtwerk wird sich nicht nur für die engere Sozialpolitik, sondern für die Geschichte Nachkriegsdeutschlands überhaupt als grundlegend erweisen. Zweifellos verdient das Werk größere öffentliche Resonanz, als ihm bisher zuteil wurde. In differenzierter Weise leuchten die Bände mit der Sozialpolitik in ihren Einzelfeldern den häufig unterschätzten Kernbereich politisch-gesellschaftlichen Handelns der Nachkriegszeit aus und können die weitere Forschung anregen.

Bernd Faulenbach, Bochum

Manfred G. Schmidt (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 7: Bundesrepublik Deutschland 1982–1989. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform, Nomos-Verlag, Baden-Baden 2005, XII + 983 S., eine CD-ROM, geb., 169,00 €.

Am 1. Oktober 1982 endete die »Ära Schmidt« mit der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler durch ein konstruktives Misstrauensvotum einer Mehrheit der Abgeordneten aus CDU, CSU und FDP. Die vorgezogene Bundestagswahl vom 6. März 1983 bestätigte diese neue Koalition. Schon in seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 hatte der neue Kanzler eine »geistig-moralische Krise« diagnostiziert, die es zu überwinden gelte, und einen »historischen Neuanfang« versprochen. Dass sich dieser auch auf die Sozialpolitik beziehen würde, stand für die meisten zeitgenössischen Beobachter außer Frage. Schließlich hatte der alte und neue Finanzminister Otto Graf Lambsdorff in seinem im September 1982 verfassten und von der SPD und den Gewerkschaften als marktradikale Zumutung angesehenen »Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit«⁴ den Seitenwechsel seiner Partei zur

³ *Manfred Görtemaker*, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 475 ff.

Union überhaupt erst eingeleitet. Und auch Kohl selbst forderte in seiner ersten Regierungserklärung eine »neue Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt« führen solle, und kündigte eine »Atempause in der Sozialpolitik« an.⁵

Mit den Jahren 1982 bis 1989 nimmt der nun vorliegende siebte Band der »Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945« die erste Hälfte der »Ära Kohl« in den Blick. Den größten Raum der fast tausendseitigen Darstellung beinhalten, entsprechend dem Aufbau der vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung sowie dem Bundesarchiv herausgegebenen Reihe, die enzyklopädisch gestalteten Einzelbeiträge zu 17 verschiedenen Bereichen der Sozialpolitik. Angefangen mit der Arbeitsverfassung und dem Arbeitsrecht, über klassische sozialpolitische Themen wie dem Arbeitsschutz, der Familien- sowie Altenpolitik, der Gesundheits- und Rentenpolitik bis hin zum Wohnungsbau und der internationalen Sozialpolitik mit ihrer an Gewicht gewinnenden europäischen Dimension bietet der Band ein umfassendes Panorama aller für die Sozialpolitik relevanten Tätigkeitsgebiete. Dabei liegt dem Band ein recht weites Verständnis von »Sozialpolitik« zugrunde, was durch eigene Kapitel etwa zur Bildungspolitik oder zur Vermögenspolitik unter Beweis gestellt wird.

Die Autoren und Autorinnen können sich bei ihren Einzelanalysen nicht nur auf die für die jeweiligen Bereiche vorliegende weit verzweigte Einzelforschung stützen; darüber hinaus gelingt es ihnen, auch durch die Auswertung veröffentlichter Quellen sowie einer Fülle unveröffentlichter Überlieferungen, insbesondere aus dem Bundesarchiv und den Parteiarchiven, den bisherigen Forschungsstand in vielen Punkten zu erweitern und zu präzisieren. Ein Quellen- und Literaturverzeichnis von annähernd 100 Seiten sowie ein ausführliches Sach- und Personenregister bieten dem Leser schnelle und umfassende Orientierung; eine CD-ROM mit ausgewählten Dokumenten belegt die Breite der empirischen Basis und stellt der weiteren Forschung eine Vielzahl bisher unbekannter (und teilweise an sich noch der ministeriellen Sperrfrist unterworfenen) Quellen zur Verfügung. Allerdings verfügt der Quellenteil über kein Orts-, Personen- und Sachregister.

Die Seitenzahl der für die einzelnen Sektoren der Sozialpolitik reservierten Kapitel variiert erheblich und spiegelt so den unterschiedlichen politischen Problemdruck der verschiedenen Politikbereiche im Untersuchungszeitraum wider. Zu den Schwerpunkten der Darstellung zählen sicherlich insbesondere die Abschnitte über »Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung« (Günther Schmid und Frank Oschmiansky), die »Sicherung bei Alter, Invalidität und für Hinterbliebenen« (Winfried Schmähl), über »Gesundheitswesen und Sicherung bei Krankheit und im Pflegefall« (Jürgen Wasem, Gerhard Igl u. a.) sowie das sehr instruktive Kapitel über »Beschäftigung, soziale Sicherung und soziale Integration von Ausländern« von Ulrich Herbert und Karin Hunn. Die hier beschriebene, nicht zuletzt unter dem Druck hoher Arbeitslosenzahlen vornehmlich auf Ab- und Ausgrenzung sowie »Rückkehrhilfe« setzende Ausländerpolitik, in der Maßnahmen zur positiven Integration namentlich der zweiten Ausländergeneration, aber auch der zunehmenden Zahl an Spätaussiedlern, bestenfalls deklamatorischen Charakter hatten, muss rückblickend betrachtet als eklatantes Versagen Kohl'schen Regierungshandelns angesehen werden – nicht nur aus sozialpolitischer Perspektive.

Systematisch eingeordnet und gebündelt werden die Einzeldarstellungen durch umfangreiche übergreifende Kapitel des Bandherausgebers. Manfred G. Schmidt analysiert ebenso eindringlich wie differenziert die institutionellen Rahmenbedingungen und nicht zuletzt auch die Restriktionen, denen die Sozialpolitik durch die in politikwissenschaftli-

4 Sonderdruck der »Bonner Depesche« vom 9. September 1982. Abgedruckt als das »Wendepapier« in: *Otto Graf Lambsdorff*, Frische Luft für Bonn. Eine liberale Politik mit mehr Markt als Staat, Stuttgart 1987, S. 64–89.

5 StenBerBT v. 13.10.1982, S. 7215 ff.

chen Analysen immer beliebter werdenden »Vetospiele« unterworfen war (und ist), sowie die sozialpolitischen Denk- und Handlungsfelder der beteiligten Akteure. Dabei überzeugt der Verfasser wie stets durch einen wohlthuend jargonfreien Schreibstil und durch eine unaufgeregte, sorgsam abgewogene Argumentationsweise.

Nachdem bereits in den Einzelbeiträgen die Kontinuitätslinien in der Sozialpolitik der 1980er-Jahre wiederholt hervorgehoben wurden (S. 279, 385, 393), konstatiert auch Schmidt in seiner den Band abschließenden resümierenden Gesamtbetrachtung ein hohes Maß an »Pfadabhängigkeit« der Sozialpolitik in der ersten Hälfte der »Ära Kohl«.

Insgesamt wurde das zu Beginn der Regierung Kohl anvisierte marktliberale Programm der »Deregulierung« und »Entstaatlichung« tatsächlich bei weitem nicht so rigoros umgesetzt, wie dies die radikal neoliberale Rhetorik vieler Politiker aus der Union und der Liberalen zu Beginn der christlich-liberalen Koalition befürchten ließ. Mit Arbeitsminister Norbert Blüm stand während der gesamten Regierungszeit Kohls bekanntermaßen ein überzeugter Vertreter eines handlungsfähigen Sozialstaates im Zentrum der sozialpolitischen Willensbildung. Und namentlich Heiner Geißler als Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (sowie als CDU-Generalsekretär) und später Rita Süßmuth setzten die »neue soziale Frage« der zunehmenden Armut alleinstehender Mütter und Rentnerinnen auf die politische Tagesordnung. Den zumal in den ersten beiden Regierungsjahren zu verzeichnenden Einschnitten im sozialen Netz standen – häufig zusätzlich angetrieben durch Grundsatzurteile des Bundesverfassungsgerichts – besonders im Bereich der Familien- und Rentenpolitik neue Leistungen gegenüber. Zu nennen sind neben Erziehungsgeld und -urlaub insbesondere die erstmalige Anerkennung von Kinderbetreuungszeiten bei der Rente, mit der in der Tat sozialpolitisches Neuland betreten und zumindest der Einstieg in eine angemessenere Beurteilung von Erziehungsarbeit erreicht wurde (skandalös schlecht blieb dabei allerdings das Verhältnis zwischen der Nachfrage nach außerhäuslicher Kinderbetreuung und dem tatsächlichen Betreuungsangebot). Auch mehrfache Verlängerungen der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer fielen in diesen Zeitraum. Zugleich expandierten ungeachtet der Entstaatlichungs-ideologie der Bundesregierung in der ersten Hälfte der Regierung Kohl weiterhin die Ausgaben für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Das Gesamtvolumen der bereits von der Regierung Schmidt aufgelegten Programme in diesem Bereich – u. a. für saisonale Maßnahmen (Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld), berufliche Bildung und Rehabilitation, Lohnsubventionen zur Wiedereingliederung in das Berufsleben und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – erhöhte sich zwischen 1982 und 1989 noch einmal deutlich.

Von einer radikalen sozialen Kahlschlagspolitik à la Margaret Thatcher kann nach der begründeten Auffassung Schmidts in der ersten Hälfte der Amtszeit Helmut Kohls mithin keine Rede sein. Dieser Befund ist allerdings durch die Tatsache zu ergänzen, dass es zwischen 1982/83 und 1989/90 zu einer fühlbaren Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben gekommen ist und auch der nicht selten endgültige Ausschluss einer zunehmenden Zahl von Menschen aus dem Arbeitsmarkt schneller als zuvor voran schritt. Der von Manfred G. Schmidt der Regierung Kohl in den 1980er-Jahren zugebilligten Politik einer finanziellen Konsolidierung und institutionellen Reform standen so zunehmende soziale Friktionen gegenüber, die immer häufiger mit dem Begriff der »Zwei-Drittel-Gesellschaft« beschrieben wurden und die durch den unvermuteten Zusammenbruch der DDR und die folgende Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten nochmals verstärkt wurden.

Mit dem vorliegenden Band liegt ein Standardwerk über die Sozialpolitik der 1980er-Jahre vor, das nahezu alle Facetten seines Untersuchungsgegenstandes auf durchgängig hohem analytischen Niveau umfassend und akribisch ausleuchtet. Andreas Wirsching hat allerdings in seiner Rezension des Bandes mit Recht darauf hingewiesen, dass ein eigenes Kapitel über die Rolle der Medien für das Zustandekommen sozialpolitischer Entschei-

dungen wünschenswert gewesen wäre.⁶ Das kann und soll den Wert der vollbrachten wissenschaftlichen Leistung in keiner Weise schmälern, gibt aber einen Hinweis auf die wenigen Aspekte, welche in der besprochenen Untersuchung nicht ausführlich aufgearbeitet wurden.

Rainer Fattmann, Bonn

Benjamin Ziemann, Katholische Kirche und Sozialwissenschaften 1945–1975 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 175), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2007, 395 S., geb., 44,90 €.

Diese Bochumer Habilitationsschrift nimmt einen zentralen Aspekt der religiösen Entwicklung in der Bundesrepublik nach 1945 in den Blick und trägt damit zur Aufhellung eines in der zeitgeschichtlichen Forschung unterbelichteten Problemfeldes bei. Unbeeindruckt von Verfallsdiagnosen oder Hoffnungen auf einen »Return of the Sacred«, untersucht Benjamin Ziemann genauer, wie sich im Horizont allgemeiner Säkularisierungserwartungen und Modernisierungshoffnungen das pastorale Selbstverständnis der Katholischen Kirche in Deutschland vor und nach dem II. Vatikanischen Konzil gewandelt hat. Er konzentriert sich dabei auf einen strategischen Aspekt, der Kirchengeschichte und allgemeine Geschichte verknüpft, nämlich den Trend zur Verwissenschaftlichung. Auf welchen Wegen sind sozialwissenschaftliche sowie tiefenpsychologische Methoden und Interpretationen ins kirchliche Bewusstsein eingedrungen, und wie haben sich in der Folge kirchliche Selbstbeschreibungen verändert? Die empirische Untersuchung konzentriert sich auf deutsche Verhältnisse und wertet insbesondere die ergiebigen Archivbestände des Bistums Münster, aber auch diejenigen anderer Bistumsarchive und vielfältige weitere Quellen aus. Zu den mutmaßlich besonders aufschlussreichen Akten des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz erhielt der Autor keinen Zugang.

Neben einer die theoretischen Voraussetzungen der Studie explizierenden und diskutierenden Einleitung und einem zusammenfassenden Schluss umfasst die Arbeit sechs substantielle Kapitel, die nach der Art der rezipierten wissenschaftlichen Methoden geordnet sind: 1. Statistik des Kirchenbesuchs, 2. Soziografie, 3. Umfrageforschung, 4. Rollen- und Organisationssoziologie, 5. (Tiefen-)Psychologie und Gruppendynamik, 6. Semantik der kirchlichen Selbstbeschreibung.

Eine zeitgeschichtliche Studie von Rang ist heute ohne sozialtheoretische Fundierung kaum denkbar. Ziemann orientiert sich zentral an der soziologischen Theorie funktionsorientierter gesellschaftlicher Differenzierung, die er im Wesentlichen anhand der Schriften von Niklas Luhmann in seine Arbeit einführt. Diese ist mit Bezug auf das Untersuchungsobjekt »Katholische Kirche« besonders problemaufschließend, weil sich das katholische Selbstverständnis von seiner antimodernistischen Wende in der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum II. Vatikanischen Konzil gerade gegenüber diesem zentralen Aspekt gesellschaftlicher Modernisierung kategorisch verweigert hatte. Dem Papsttum als höchstem Repräsentanten des kirchlichen Lehramtes wurde ein umfassendes weltanschauliches Interpretationsmonopol hinsichtlich der Wirklichkeit zugesprochen, welches die seit dem Ende des Investiturstreits im 12. Jahrhundert praktisch akzeptierte Funktionsteilung zwischen geistlicher und weltlicher Gewalt theoretisch ignorierte. Im Zuge der Auflösung der katholischen Milieus im Laufe des 20. Jahrhunderts drangen die dadurch induzierten Differenzenerfahrungen aber auch immer deutlicher ins Bewusstsein der Ka-

⁶ *Andreas Wirsching*, Rezension von Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Band 7: 1982 – 1989. Bundesrepublik Deutschland. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform, Baden-Baden 2005, in: *sehepunkte* 5, 2005, Nr. 10, 15.10.2005, URL: <<http://www.sehepunkte.de/2005/10/8932.html>>[20.6.2007].

tholiken und nährten Zweifel an der Deutungskompetenz der Kirche. Indem sich die Kirche seit dem II. Vatikanischen Konzil unter Berufung auf ein einheitliches Vernunftverständnis allmählich gegenüber den Ergebnissen der Wissenschaften öffnete und sich selbst sozialwissenschaftlicher Methoden zu bedienen begann, setzte sie eine reflexive Dynamik in Gang, die bis heute mit offenem Ergebnis nachwirkt.

Ziemanns gründliche und präzise Studie betrifft im Wesentlichen nur die Anfangsphase dieses Prozesses. Besonders spannend ist deren erstes Kapitel, in dem die Genese eines rationalistischen Modells der auf den sonntäglichen Kirchgang fixierten Pastoral bis in die frühe Neuzeit zurückverfolgt wird. Dieses simple Modell der Gläubigkeit wurde schon in der Zwischenkriegszeit theologisch in Frage gestellt, aber erst die differenzierenden Untersuchungen der Dominikantie durch die soziografische Schule von Gabriel Le Bras und die in Frankreich sich damit verbindenden missionarischen Bewegungen veränderten die pastoralen Problembestimmungen auch in Deutschland (Kapitel 2). Im Unterschied zu Frankreich griffen die deutschen Bischöfe nicht den Missionsgedanken auf, sondern – vor allem in Anschluss an das II. Vatikanische Konzil – den Partizipationsgedanken (Kapitel 3). Er führte u. a. zur Idee einer schriftlichen »Umfrage unter allen Katholiken«, die im Vorfeld der Synode der deutschen Bistümer (1971–1975) mit einem Rücklauf von 4,4 Millionen Fragebogen durchgeführt wurde, welche jedoch inhaltlich die Diskussionen der Synode kaum befruchtete. Einflussreicher wurden Repräsentativumfragen, wobei das Interpretationsmonopol der Allensbacher Forscher und des damaligen Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz durch konkurrierende Umfragen und Interpretationen relativiert wurde. Die Komplexitätssteigerung des kirchlichen Selbstverständnisses resultierte jedoch weniger aus der Instruktion denn aus der Enttäuschung seitens der Umfrageforschung: »Ähnlich wie im Falle der kirchlichen Statistik und der Soziographie zeigt sich hier, dass die im Zuge der Verwissenschaftlichung in der katholischen Kirche genährten Erwartungen zu einer selbst produzierten Enttäuschung führten.« (S. 202).

Während die Umfrageforschung bis heute ein gern benutztes, allerdings im Gegensatz zur Evangelischen Kirche arkanes Instrument der Deutschen Bischofskonferenz und ihres Sekretariates geblieben ist, brachen sich die Rezeptionsversuche der Rollen- und Organisationssoziologie bald am herrschenden kanonistischen Kirchenverständnis (Kapitel 4). Dies ist erhellend vor allem im Verhältnis zu der in Kapitel 5 dargestellten verbreiteten Rezeption psychotherapeutischer und gruppenspezifischer Konzepte, welche sowohl zur Behebung der »Priesterkrise« als auch in der Laienpastoral eingesetzt wurden. Auch wenn man darüber streiten mag, inwieweit diese Methoden den im Titel genannten Sozialwissenschaften zuzurechnen sind, ist doch gerade dieses Kapitel höchst instruktiv für die Art und Weise innerkirchlicher Rezeptionsprozesse und deren Folgen, insbesondere hinsichtlich einer »Trennung von Pastoral und Diakonie« (S. 309).

Während die fünf ersten Kapitel im Wesentlichen Veränderungen der praktischen Pastoral unter dem Einfluss der Sozial- bzw. Humanwissenschaften behandeln, ist das letzte, vergleichsweise kurze Kapitel dem Einfluss soziologischen Denkens auf das kirchliche Selbstverständnis bzw. die »kirchliche Selbstbeschreibung« (S. 322) gewidmet. Hier werden nun auch zeitgeschichtliche Einflüsse angedeutet, die in den vorangehenden Kapiteln meist nur fokussiert auf die jeweils behandelten Rezeptionsgegenstände angesprochen werden. Die innerkirchliche Auseinandersetzung drehte sich vor allem um die Ideologieträchtigkeit der Soziologie, weniger um deren differenzierungstheoretische Deutung von Modernisierung, obwohl diese bereits im Konzilsdokument *Gaudium et Spes* implizit präsent war. Im Gegensatz zu den vorangehenden Kapiteln bleibt hier die Darstellung eklektisch. So wäre beispielsweise die sich wandelnde theologische Ekklesiologie eine lohnende Fundgrube vertiefender Untersuchungen.

Alles in allem ist Benjamin Ziemann eine beeindruckende und originelle Studie gelungen. Der scheinbar periphere Gegenstand der ziemlich trivialen Rezeptionsversuche von

soziologischen und psychologischen Methoden erweist sich als strategisches Untersuchungsobjekt für den Aufweis einer Entsakralisierung bzw. Selbstsäkularisierung der Katholischen Kirche. Die Studie stellt deshalb einen wichtigen Beitrag zur neuesten Geschichte der christlichen Religion in Deutschland dar. Angesichts der Breite des Problemfeldes beeindruckt die Präzision, mit der der Autor seinen Untersuchungsgegenstand abgegrenzt und seine innere Dynamik rekonstruiert hat. Dass seine Studie eine Fülle weiterer Fragen aufwirft, die nicht mehr behandelt werden, ist zugleich ihr Preis und ein Ausweis ihrer wissenschaftlichen Qualität. Dem gut lesbaren Buch ist die Lektüre nicht nur von Seiten der Zeit- und Kirchenhistoriker, sondern auch von Theologen und Kirchenleuten zu wünschen.

Franz-Xaver Kaufmann, Bielefeld

Werner Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945 (Beck'sche Reihe), Verlag C. H. Beck, München 2004, 527 S., kart., 19,00 €.

Michael v. Prollius, Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945 (UTB-S, Small Format), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht/UTB, Göttingen 2006, 342 S., 31 s/w Tab., kart., 16,90 €.

Trotz der großen wirtschaftshistorischen Bedeutung gibt es bisher nur wenige Gesamtdarstellungen über die deutsche Wirtschaftsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Die klassische Darstellung von Werner Abelshauser aus dem Jahr 1983¹ war lange Zeit das Maß aller Dinge, ergänzt nur durch Spezialstudien. Eine die Forschung befruchtende Debatte, wie jene über die Bedeutung von Währungsreform und Marshallplan², bezieht sich bezeichnenderweise auf die auch sonst sehr gut erforschte Nachkriegszeit, während ausgerechnet die spannende Zeit von Ölpreiskrise und Zusammenbruch des Weltwährungssystems bislang nur oberflächlich behandelt wurde. Weder Harm Schröters knappe Darstellung in der »Deutschen Wirtschaftsgeschichte«³ noch die jüngste Konjunktur von Darstellungen über die allgemeine Geschichte schafften hier Abhilfe.⁴ Zwar ist die Zurückhaltung der Wirtschaftshistoriker/-innen bei der Gesamtanalyse der deutschen Wirtschaftsgeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts schon deshalb nur allzu verständlich, weil diese kaum mehr als nationale Geschichte geschrieben werden kann. Dennoch besteht hier eine beklagenswerte Wissenslücke, deren Schließung die fast identischen Titel der beiden anzuzeigenden Bücher nun versprechen.

I. EINE GESCHICHTE VON DER »DEGENERATION DER MARKTWIRTSCHAFT«

Diese Erwartung wird von Michael von Prollius allerdings gleich im Vorwort der »Deutschen Wirtschaftsgeschichte nach 1945« relativiert, in dem er ankündigt, die Wirtschafts-

1 *Werner Abelshauser*, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main 1983.

2 *Albrecht Ritschl*, Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie. Zu den Thesen von Mathias Manz und Werner Abelshauser über die Produktionswirkung der Währungsreform, in: VfZ 33, 1985, S. 136–165; *Knut Borchardt/Christoph Buchheim*, Die Wirkung der Marshallplan-Hilfe in der deutschen Wirtschaft, in: VfZ 35, 1987, S. 317–347.

3 *Harm G. Schröter*, Von der Teilung zur Wiedervereinigung (1945–2000), in: *Michael North* (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, München 2000, S. 351–420.

4 Zuerst wohl: *Manfred Görtemaker*, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999; *Edgar Wolfrum*, Geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 2006.

geschichte aus der Perspektive der Wirtschaftsordnung beschreiben zu wollen. In zuweilen blumiger Sprache erzählt von Prollius die Geschichte von der »Degeneration der Sozialen Marktwirtschaft«, die von Ludwig Erhard gleichsam handstreichartig über Nacht eingeführt worden und dann im Kräftefeld von Gewerkschaften und Großindustrie Stück für Stück erodiert sei, was die westdeutsche Gesellschaft mit ständig abnehmender Wirtschaftsleistung erkaufte: Auf die »Mangelwirtschaft« folgte die »Wunderwirtschaft«, so der Titel des die Jahre 1948–1973 betreffenden Kapitels, welche anschließend durch die »Wohlfahrtswirtschaft« der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt abgelöst worden sei. Und auch nach der »geistig moralischen Wende« Helmut Kohls sei das bundesdeutsche Wirtschaftssystem nicht mehr tiefgreifend verändert worden. Diese Geschichte ist wahrlich nicht neu. Sie wird von »ordoliberalen« Ökonomen zur Unterstützung einer liberalen Wirtschaftspolitik seit langem erzählt. Wirtschaftshistorisch fundiert ist sie freilich nicht und auch der Wirtschaftshistoriker v. Prollius löst diese Aufgabe nicht. Das liegt zum Teil daran, dass sie unlösbar ist: Denn so schwierig die historische Beurteilung der wirtschaftlichen Wirkung einer einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahme ist, so unmöglich ist die Rückführung von ökonomischen Wachstumsimpulsen auf ein kaum eindeutig definierbares ordnungspolitisches Konzept, das noch dazu nie umfassend realisiert wurde. Weil die selbst gesetzte Aufgabe unlösbar ist, muss dieses Buch scheitern.

Aber selbst das Scheitern hätte souveräner organisiert werden können. Für die Leser stellt es sich als trauriges und höchst verwirrendes Schauspiel dar, wie ein Autor ständig mit den eigenen politischen Überzeugungen bei der Interpretation der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte ringt: Obwohl er überzeugt ist, dass der Wohlstand der Bundesrepublik durch die Preisfreigaben im Leitsatzgesetz des Jahres 1948 und damit »durch den Alleingang eines Mannes, der mit seiner Zigarre ähnlich den rauchenden Industrieschornsteinen zum Inbegriff des Wirtschaftswunders werden sollte« (S. 67), geschaffen wurde, muss er andererseits zugestehen, »dass es sich bei den Reformen keineswegs um einen allgemeinen Siegeszug der Marktwirtschaft handelt« (S. 76). Später kommt heraus, dass »der neo- und ordoliberalen Phase bis zum Beginn der fünfziger Jahre die Phase der Sozialen Marktwirtschaft Müller-Armackscher Prägung« gefolgt sei (S. 109), welche er vorher schon als Anfang vom Ende der freiheitlichen Ordnung charakterisiert hatte. Die Funktionsfähigkeit einer freien Wirtschaftsordnung hat sich damit faktisch auf wenige Jahre reduziert, von denen aber in der Interpretation von Prollius' gleichwohl eine 25-jährige Periode der »Wunderwirtschaft« getragen wurde.

Immer wieder ersetzt in v. Prollius' Erzählung die Neigung zur möglichst literarischen Zuspitzung die klare Darlegung von Kausalitäten. Der Grundsatz »Jedem das Seine« sei bei der Aushöhlung der Sozialen Marktwirtschaft zugunsten des »Jedem das Gleiche« Schritt für Schritt über Bord geworfen worden (S. 135). Gemeint sind vor allem die Sozialgesetzgebung seit der Rentendynamisierung 1957, das Arbeitsmarktkartell der Gewerkschaften, deren »unvernünftige Lohnforderungen« als wichtiger Grund für die Krise der 1970er-Jahre und die Arbeitslosigkeit ausgemacht werden (z. B. S. 186), und gelegentlich auch die Interessenpolitik der Unternehmen und ihrer Lobbyverbände vor allem bei der Verwässerung des Kartellgesetzes 1957 und bei der bestechenden Einflussnahme auf die Kohl-Regierung (S. 105, 217). Unnötig zu erwähnen, dass in diese notdürftig drapierte Geschichte der wachsenden bundesdeutschen Staatsquote das Thema Subventionen ebenso wenig hinein passt, wie eine systematische Bilanz von unternehmerischen Gewinnen und unternehmerischen Investitionen, von der bis 1968 ständig sinkenden strukturbereinigten Reallohnquote ganz zu schweigen. V. Prollius' Zugriff auf die Wirtschaftsgeschichte erfolgt selektiv; die Leser der »Deutschen Wirtschaftsgeschichte nach 1945« werden auf diese Weise im Grunde um die Wirtschaft betrogen. Unverständlich ist am Ende nur noch, wie sich ein angesehener Verlag wie Vandenhoeck & Ruprecht zu einem derart waghalsigen Titel hat hinreißen lassen können.

Als ein polemisch thesenhaft zugespitzter Essay, eine politische Stellungnahme sei das Buch zu verstehen, so das Urteil der Kritik⁵, sodass sein eigentlicher Fehler lediglich der selbstgesetzte Anspruch ist – m. E. ist v. Prollius' Buch jedoch mehr als ein Versehen: Sehr gezielt werden mit dem Layout des Buches Studenten und Schüler angesprochen. Jedes Kapitel erhält »Leseempfehlungen«, die sich zum Ende des Buches immer abschließlicher auf politische Essays und nicht mehr auf wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fachliteratur berufen. Im Text werden den Lesern dagegen pedantische Nachweise »erspart«. Vor allem im zweiten Teil des Buches werden die wenigen Referenzen gerne als »journalistisch« oder »populär« klassifiziert, was den Eindruck erwecken soll, als fuße der Rest der Argumentation auf »ernsthafter« wissenschaftlicher Literatur. Viele Informationen sind aber überhaupt nicht nachgewiesen. So hätte der Rezensent sehr gerne gewusst, aus welcher Quelle die erstaunliche Fehlinformation »1956 verfügt Deutschland über die höchsten Gold- und Devisenreserven der Welt« (S. 90) stammte. Kann es tatsächlich sein, dass im System fester Wechselkurse vor 1971/1974 derselbe Mechanismus »spekulatives Auslandskapital« nach Deutschland zieht wie im System flexibler Wechselkurse, nämlich die Erwartung auf eine Aufwertung der D-Mark? (S. 115, 202) Und wenn der Autor vom Marktmechanismus so herzerreißend überzeugt ist, warum ist der Devisenpreis (i. e. Wechselkurs) im System flexibler Wechselkurse nicht in der Lage, diese Fehlallokation am Ende der 1970er-Jahre sofort wieder auszugleichen? Das Buch entzieht sich durch zahlreiche derartige Widersprüche, die nicht auf die fachwissenschaftliche Diskussion zurückgeführt werden, der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, wird aber gleichzeitig als umfassendes einführendes Lehrbuch verkauft. Das macht es zu einem Ärgernis.

II. ABELSHAUSERS »INSTITUTIONALISTISCHE WENDE«

Werner Abelshausers »Wirtschaftsgeschichte seit 1945« ist demgegenüber substantiiert, empirisch und insgesamt umfassender. Im Kern fußt das Buch auf der Übernahme des unveränderten Textes des 24 Jahre alten Klassikers, mit dem die »Rekonstruktionshypothese« popularisiert worden war, die Meinung, dass das rasche deutsche Wirtschaftswachstum eben nicht durch die amerikanischen Hilfen und auch nicht durch die Erhard'sche Wirtschaftspolitik, sondern durch die Notwendigkeit des ökonomischen Wiederaufbaus generiert worden sei. Der neue Text hält an dieser Interpretation zumindest für die Geschichte der frühen Bundesrepublik bis etwa zur Mitte der 1960er-Jahre fest, wobei die zwischenzeitlich vor allem durch das Buch von Ludgar Lindlar diskutierte »catch-up«-Interpretation⁶, nach der das Wirtschaftswachstum als Aufholprozess aller westeuropäischen Länder gegenüber der ökonomischen Suprematie der USA zu interpretieren ist, in Abelshausers Erklärung einbezogen wird. Da das Buch aber nun einen längeren Zeitraum behandelt, war die Erklärung des älteren Buches zu modifizieren.

Abelshauser stellt sie nun in den Zusammenhang seiner längerfristigen Interpretation der deutschen Wirtschaftsgeschichte, die er seit einigen Jahren in unterschiedlichen Texten mit dem Begriff des »Produktionsregimes« unternommen hat. Dieser Ansatz wird in der »Deutschen Wirtschaftsgeschichte seit 1945« in einem ausführlichen, theoretisch gesättigten Einleitungskapitel gewürdigt. Mit »Produktionsregime« (oder auch dem »sozia-

5 Vgl. z.B. *André Steiner*, Rezension zu v. *Prollius*, in: H-Soz-u-Kult, 26.09.2006, URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2006-3-220>> [22.6.2007]; *Hartmut Berg-hoff*, In Degeneration seit 50 Jahren, in: FAZ, 15.1.2007, S. 12; weitere Rezension von *Werner Plumpe*, HZ 284/2, 2007.

6 *Ludger Lindlar*, Das missverstandene Wirtschaftswunder, Tübingen 1997.

len Regime der Produktion«) ist eine historische Konfiguration der Produktion gekennzeichnet, die neben den technischen und betrieblichen Parametern auch Aspekte wie die Unternehmensführung, das System der sozialen Sicherung und der Industriellen Beziehungen mit einbezieht und als national-kulturelle Spezifität gedacht wird. In Deutschland habe sich bereits im 19. Jahrhundert eine spezifische Struktur der »diversifizierten Qualitätsproduktion« herausgebildet, die andere Produktschwerpunkte und eine andere Organisationsweise als die »fordistische Massenproduktion« aufweise, welche in den USA vorherrsche. In der Nachkriegszeit sei das amerikanische Produktionsregime teilweise übernommen worden, dann aber in den ökonomischen Krisen der 1970er-Jahre kollabiert. Erst mit erheblicher Zeitverzögerung sei die Politik danach von einem an der industriellen Produktion orientierten Konzept wieder abgewichen und habe die Realität der »nachindustriellen Gesellschaft«, in der 75 Prozent der Arbeitsplätze von der »immateriellen Produktion« abhängen, erkannt. Dass sich auch die Unternehmen seit den 1990er-Jahren genauso wie die Politik wieder auf die Stärken des Modells Deutschland besonnen hätten und zur »diversifizierten Qualitätsproduktion« zurückgekehrt seien, stimmt Abelshauer am Ende des Buches hoffnungsfroh.

Der Produktionsregime-Ansatz hat den kaum zu überschätzenden Vorteil, dass er sozialhistorische Beschreibungen ebenso wie makroökonomische Strukturveränderungen und auch die Erkenntnisse der Unternehmensgeschichte zusammenzubringen vermag, welche in der disziplinären Gegenwart allzu häufig getrennte Wege gehen. Für Abelshauers ältere Interpretation der Wirtschaftsgeschichte der 1950er-Jahre bringt er allerdings auch eine deutliche Verschiebung der Befunde mit sich, die in der Neuauflage nicht immer expliziert werden. An einigen Stellen zeigt lediglich eine gegenüber der älteren Fassung veränderte Überschrift eines Unterkapitels die neue, längerfristige Perspektive an. So wird »Westdeutschlands Weg in die Weltwirtschaft« (S. 151 alt) zu »Westdeutschlands Rückkehr in die Weltwirtschaft« (S. 221) und »Auf dem langen Weg in die »nivellierte Mittelstandsgesellschaft?« (S. 132 alt) wird zu »Der lange Weg in die Konsumgesellschaft« (S. 335). Aus »Ansätze der korporativen Marktwirtschaft« (S. 76 alt) wird »Rückkehr zur korporativen Marktwirtschaft« (S. 166). Darüber hinaus verfasste Abelshauer aber neue Textteile, die seinen Klassiker aus dem Jahre 1983 nun auf mehr als die doppelte Länge wachsen ließen. Neben dem methodisch-theoretischen Einleitungskapitel gibt es ein neues Kapitel über »Die Praxis der sozialen Marktwirtschaft in der ›Ära Erhard«, das Beispiele für die Einschränkung des Marktes in den Bereichen der Rüstung, der Rentenversicherung und in der staatlichen Förderung der Ruhrindustrie nach der Bergbaukrise enthält. Neu sind auch Teile des Kapitels über die »Rückkehr nach Europa« (S. 234–259), die sich mit der Geschichte der Europäischen Union und der Europäischen Währungsunion beschäftigen (S. 266–274). Die sozialhistorischen Veränderungen der Bundesrepublik werden ebenfalls in einem neuen Kapitel beschrieben, das Themen wie veränderte Familienstrukturen und Erwerbstätigkeit sowie die Gastarbeiterbeschäftigung umfasst (S. 315–330). 50 neue Seiten widmen sich dem Vergleich zwischen dem west- und dem ostdeutschen Produktionsregime. Ausgerechnet das Schlusskapitel über die »Schwierige Neuorientierung« enthält dagegen wieder maßgebliche Teile aus dem mehr als 20 Jahre alten Original.

Betrachtet man die »Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945« wissenschaftshistorisch, so fällt eine gegenüber dem älteren Klassiker desselben Autors stärkere Berücksichtigung der Wirtschaftspolitik deutlich ins Auge, die (durchaus in Analogie mit der gesamten Entwicklung des Faches) als »institutionalistische Wende« bezeichnet werden kann. Nicht mehr die messbaren makroökonomischen Aufhol- und Rekonstruktionsprozesse werden als die Triebkräfte der deutschen Wirtschaftsgeschichte ausgemacht, sondern die Fähigkeit der Wirtschaftspolitiker, die politischen Notwendigkeiten der »diversifizierten Qualitätsproduktion« zu erkennen. Die ökonomische Krise der Bundesrepublik der 1970er-

Jahre wird in diesem Zusammenhang nicht unerheblich auf die »Störung des wirtschafts-politischen Orientierungssinns« (S. 424) zurückgeführt. An einer solchen Analyse stört nicht nur die Tatsache, dass die Politiker der 1970er-Jahre das deutsche »Produktionsregime«, wie es Abelshäuser heute beschreibt, gar nicht hätten erfassen, also auch gar nicht »richtig« im Sinne des Autors hätten handeln können. Es verwundert auch die geringe Aufmerksamkeit, die Struktureffekte erfahren, welche außerhalb der Wirkungsmächtigkeit des »Produktionsregimes« liegen. Der Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods führte eben nicht nur zu inländischer Inflation von bis zu sieben Prozent in der Bundesrepublik, sondern auch zu einer fundamentalen Veränderung des Systems der inländischen Preise, weil die unterschiedlichen Industrie- und (vor allem) Konsumgüter nicht alle gleich von den Veränderungen des Außenwertes der D-Mark betroffen waren. Die erheblichen Einkommenszuwächse der 1970er-Jahre förderten den Durchbruch der Massenkonsumgesellschaft und führten zu einer gravierenden Veränderung der Ausgabenstrukturen privater Haushalte.

Um solche Effekte in die Analyse der deutschen Wirtschaftsgeschichte einzubeziehen, greift die Verklammerung über einen auf die Produktion zurückführenden Begriff zu kurz. Das von Abelshäuser dargestellte »soziale Regime der Produktion« zielt zudem stark auf die Großunternehmen, die im Wesentlichen als Beispiele herangezogen werden, während der Strukturwandel der 1970er-Jahre vor allem durch die nach wie vor für den Arbeitsmarkt entscheidenden kleinen und mittleren Unternehmen getragen wurde, die im Übrigen für die »Qualitätsproduktion« die viel entscheidenderen Impulse lieferten. Ob sich diese zahlreichen und spätestens seit den 1990er Jahren vornehmlich international operierenden Unternehmen überhaupt noch mit einem nationalen »Produktionsregime« beschreiben lassen, ist überdies zweifelhaft. Schließlich lassen sich auch all jene Berufe nur schwer in die Vorstellung eines »sozialen Regimes der Produktion« integrieren, die außerhalb der durch die Tarifpartner organisierten Arbeitsmärkte in wachsender Zahl entstanden: Selbständige Journalisten und andere Beschäftigte der »kreativen Berufe«, vom Werbefraiseur über den Fernsehserienregisseur und seinen Drehbuchschreiber bis hin zur Event-Agentur. Rechtsanwälte, Unternehmensberater, Finanzanalysten – sie alle gehören zur auch von Abelshäuser festgestellten »neuen immateriellen Qualität des Produktionsprozesses« (S. 423), ohne dass sie sich aber in ein »Produktionsregime« einfügen ließen, das noch dazu national determiniert ist.

So integrativ damit der Begriff des Produktionsregimes für die Wirtschaftsgeschichte ist und so sehr er deshalb auch völlig zu Recht für die Formulierung des Zusammenhangs von sozialen, technischen, kulturellen und ökonomischen Aspekten der Produktion längst Eingang in die Fachsprache gefunden hat, ein umfassender Begriff für die Beschreibung der deutschen Wirtschaftsgeschichte seit 1945 scheint er nicht zu sein. Immerhin legt Abelshäuser einen ersten, umfassenden Interpretationsvorschlag vor, an dem sich folgende Analysen abarbeiten können.

III. GESUCHT WIRD DIE WIRTSCHAFTSGESCHICHTE DER 1970ER-JAHRE!

In beiden Büchern wird letztlich die Chance vertan, über die Wirtschaftsgeschichte der 1970er-Jahre eine längst fällige Debatten auszulösen, wie sie über den Marshallplan und die Währungsreform geführt wird. Waren die 1970er-Jahre eine durch externe Störfaktoren charakterisierte wirtschaftliche Ausnahmesituation, nach der die Wirtschaft der Bundesrepublik wieder auf ihren traditionellen Weg zurückkehrte, zum alten »Produktionsregime« und zur »korporatistischen Marktwirtschaft«, oder stellten sie einen Strukturbruch dar, der den deutschen Kapitalismus zutiefst erschütterte, waren sie also der Übergang zur globalisierten Wirtschaft? Diese Frage wird sich in einer nationalen Wirtschafts-

geschichte kaum klären lassen ganz gleich ob diese vom Ursprungsmythos des Leitsatzgesetzes oder von der Strukturanalyse des Produktionsregimes getragen wird.

Jan-Otmar Hesse, Frankfurt/Main

Jochen Oltmer, Migration und Politik in der Weimarer Republik, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2005, 564 S., 12 Abb., 18 Tab., geb., 49,90 €.

Gemessen an der hohen Anzahl der Studien zu den »Wanderarbeitern« im Deutschen Kaiserreich und zu den »Gastarbeitern« in der Bundesrepublik der 1950er- bis 1970er-Jahre stellte die Weimarer Republik unter dem migrationsgeschichtlichen Aspekt bis vor kurzem eine Terra incognita dar. Dies war umso bedauerlicher, als gerade die sehr kurzlebige erste deutsche Demokratie ein breites Spektrum an Migrantengruppen wahlweise aufnahm, tolerierte, integrierte oder stigmatisierte, diskriminierte und ausschloss. Auf eine dieser Gruppen verweist bereits das Titelbild des hier angezeigten Buches, das deutsch-russische Bauernflüchtlinge auf der Flucht vor der Stalin'schen Zwangskollektivierung in Swinemünde-Osternothafen zeigt.

Dass die Aufmerksamkeit der Forscher für die Migranten in der Weimarer Zeit nicht größer war, liegt auch beim Objekt der Recherche selbst. Denn das Interesse galt lange Zeit vor allem der klassischen Arbeitsmigration und weniger den Kriegs-, Bürgerkriegs- und Pogromflüchtlingen. So gab es allenfalls auf lokaler Ebene Recherchen über die Rückkehr Zehntausender von Menschen aus dem an Frankreich zurückgefallenen »Reichsland« Elsass-Lothringen oder über die Absetzbewegung der deutschen Minderheit aus den polnisch gewordenen Provinzen Pommern und Westpreußen. Oltmer betont die Unterschiede zwischen den Angehörigen der repatriierten Grenzminoritäten: Die Elsass-Lothringer ließen sich im Vergleich zu anderen Flüchtlingen noch relativ reibungslos integrieren. Dafür sorgte allein schon die berufliche Qualifikation von »Heimkehrern«, die ohnehin erst während der nur wenige Jahrzehnte dauernden deutschen Besatzungs- und Annexionszeit in die Städte westlich des Rheins gelangt waren. Demgegenüber blieben viele deutsche Flüchtlinge aus dem Osten trotz aller verbalen Solidaritätsbekundungen noch etliche Jahre zu einem entbehrungsreichen Lagerleben verurteilt, das der Verfasser anhand der Originalzitate sehr eindringlich in die Erinnerung zurück ruft.

Explizit politisch motivierte Flüchtlinge, ein in diesem Zusammenhang immer wieder zitierter Name ist der Leo Trotzki, trafen im Deutschland der Zwischenkriegszeit lange auf eine Asylregelung, die ihrer Notlage nicht im Geringsten gerecht wurde. Bis in die frühen Dreißigerjahre gab es in Preußen ein Ausweisungsreglement, das den Orts- und Kreispolizeibehörden die volle Entscheidungsfreiheit über das Schicksal von Exilanten aus dem überwiegend diktatorisch beherrschten Staaten Ostmittel- und Südosteuropa ließ. Erst seit dem 1. Juli 1932 – zu spät also, um noch etwas bewirken zu können – galt eine Ausländer-Polizeiverordnung, die es als eine »vornehme Pflicht Preußens« konstatierte, »politischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren.«

Die Zahl der »Wanderarbeiter« verringerte sich in der Weimarer Republik gemessen an der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg deutlich: So kehrten viele Beschäftigte von Steinkohlenbergwerken des Ruhrgebiets, die 1914/15 zum Militärdienst eingezogen worden waren, nach 1918 nicht mehr an die alten Arbeitsplätze zurück. Ohnehin kläglich gescheitert waren Versuche, diese Arbeitskräfte durch belgische und russisch-polnische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zu ersetzen.

Die Rück- oder Weiterwanderung ost-, süd- und südosteuropäischer Bergleute in den Krisenjahren der Republik und die Assimilations- bzw. Einbürgerungspolitik der deutschen Behörden entzogen anfänglich einer im Kaiserreich verbreiteten Xenophobie den Boden. Wer allerdings wie Jochen Oltmer die Einbürgerungsakten aus der Weimarer Zeit

erforscht hat, der ist dort auf eine ethno-nationale Terminologie (»erwünschter Bevölkerungszuwachs«) und eine enorme Rigidität in Verfahrensfragen getroffen, die jede Naturalisierung von Ausländern von vornherein erschwerte.

Die Fremden, vor denen man sich hätte fürchten können, kamen zu einem großen Teil überhaupt nicht mehr über die Grenzen ins Land oder wanderten bald in andere Gastländer weiter. Wenn es in der Weimarer Republik gleichwohl weiterhin eine fremdenfeindliche Grundstimmung gab, so war diese zunächst auf die alliierten Besatzungssoldaten, insbesondere auf die mit dunkler Hautfarbe, und später auf die jiddischsprachigen ashkenasischen Juden aus Osteuropa ausgerichtet, die auf der Flucht vor den Pogromen in ihren Herkunftsländern nach Deutschland gelangten.

So trat die Fremden- und Ausländerfeindlichkeit in der Weimarer Republik vielfach als Antisemitismus und als Afrikaner und Asiaten abwertender Rassismus auf, während die traditionelle Furcht vor den Landarbeitern und Bergleuten aus dem Osten, den Polen, Masuren oder Böhmen, anfänglich zurücktrat. Es blieb jedoch ein antipolnisches Ressentiment, das unter den Bedingungen der Errichtung einer Republik Polen und der mit ihr einhergehenden Verschiebung der deutschen Ostgrenze neue Nahrung erhielt. Die zahlreichen Publikationen des sogenannten »Grenz- und Auslandsdeutschtums« sorgten dafür, dass neben berechtigter Kritik am fehlenden Minderheitenschutz in vielen Staaten des zwischeneuropäischen Korridors auch gehässig-aggressive Stimmen gegen die sogenannten Nachfolgestaaten des Zarenreichs und der Donaumonarchie laut wurden. Nur wenige einsame Rufer warben um Verständnis für die neuen Republiken und Königreiche östlich einer Linie, die von Danzig an der Ostsee bis nach Fiume an der Adria reichte. Emotional aufgeladene, mit Blut- und Verstümmelungsrhetorik versetzte Grenzlanddiskurse taten ein Übriges.

Gleichzeitig war nicht zu übersehen, dass weite Teile der ostelbischen Landwirtschaft vor allem während der Erntesaison von Arbeitskräften aus Polen abhängig blieben. Der wieder belebte und zum Teil noch gesteigerte antipolnische Affekt bildete auf Seiten der Politik und Verwaltung das Hauptmotiv für die Entwicklung vieler »alternativer« Strategien, mit deren Hilfe man hoffte, die Hereinnahme dieser Arbeitskräfte ins Reichsgebiet reglementieren zu können. Dazu zählte in der Periode »relativer Stabilisierung« seit 1924 vor allem der Versuch einer Kontingentierung der in die preußischen Ostprovinzen, nach Sachsen und Mecklenburg strömenden Landarbeiter. Gegen Ende der 1920er-Jahre kam der Gedanke auf, man könne auf die Arbeiter aus Polen ganz verzichten und stattdessen vor allem auf »Volksdeutsche« aus Ost- und Südosteuropa bauen.

Gemessen an dieser Möglichkeit, die auf Dauer gesehen die deutschen Minderheiten im Osten schwächen musste, blieben auch Tschechen oder Südslawen eher die »zweite Wahl«, eine Alternative allerdings immer noch, die im Vergleich zu den viel gescholtenen Polen als das deutlich »kleinere Übel« galt. So wurde im Ruhrgebiet von interessierter Seite der Eindruck erweckt, die anpassungsbereiten und integrationswilligen »westfälischen Slowenen« könnten den Polen als ältester nicht konnationaler Migrantengruppe den Rang ablaufen und die stärkste fremdsprachige Komponente auf dem deutschen Arbeitsmarkt werden.

Im seiner Bielefelder Habilitationsschrift zeichnet Jochen Oltmer die Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland seit der Reichseinigun nach, um dann den Verästelungen einer Weimarer »Ausländerpolitik« zu folgen, die sich vielfach eben nicht wie das Kaiserreich den geregelten Import ausländischer Arbeitskräfte, sondern deren Exklusion und Ausstoßung zum Ziel setzte. Als wichtigsten Antrieb sieht er dahinter einen Ethno-Nationalismus am Werk, der sich vor 1914 von den an ihrer nationalen Einheit interessierten Polen abgrenzte und der nach 1918 einem Deutschtum huldigte, dessen Präsenz als »Kulturvolk« umso mehr exaltiert wurde, je mehr es nach dem Kriege auf verschiedene habsburgische »Nachfolgestaaten«, auf die baltischen Republiken und auf das als »Saisonstaat« diskriminierte Polen verteilt lebte.

Die in einer überaus nüchternen und unaufgeregten, dem Gegenstand rundum angemessenen Sprache verfasste Studie Oltmers wird lange Bestand haben. Sie darf in keiner der großen zeitgeschichtlichen Bibliotheken fehlen, erst recht nicht in solchen, die sich auf das Thema »Migration« als Sammelschwerpunkt festgelegt haben. Nützlich wäre auch eine Übersetzung in einige Fremdsprachen, vor allem ins Englische und ins Polnische. Der Verfasser steuert eine große Anzahl unbekannter oder bislang zu wenig gewürdiger Fakten zur Geschichte der Weimarer Republik bei. So spart er bei der Darstellung der Kontingentierungspolitik nicht den Anteil aus, den die Gewerkschaften und die SPD als linker Flügel der Weimarer Koalition am Schüren xenophober Stimmungen hatten. Bis in die einzelnen Regierungsbezirke und Landkreise hinein versucht er den Widerspruch aufzuhellen, in dem sich konservative Eliten bewegten, die auf die Arbeitskräfte im Osten angewiesen waren und gleichzeitig die nationale Ausschließlichkeit des »Deutschtums« auch für den ländlichen Arbeitsmarkt propagierten.

Darüber hinaus gibt das Buch Einblicke in die Kollektivschicksale etlicher zum Teil zu Unrecht vergessener Minderheiten und Migrantengruppen, an denen aufgrund ihrer besonderen Lage schon vor 1933 Verfahrensweisen erprobt wurden, die zwischen 1938 und 1955 für die Menschen in weiten Teilen Europas in vielfach gesteigerter und potenzieller Form zur grausamen, den Alltag überschattenden Regel wurde.

Rolf Wörsdörfer, Darmstadt

Mathias Beer/Dittmar Dahlmann (Hrsg.), Über die trockene Grenze und über das offene Meer. Binneneuropäische und transatlantische Migrationen im 18. und 19. Jahrhundert (Migration in Geschichte und Gegenwart, Bd. 1), Klartext Verlag, Essen 2004, 371 S., kart., 29,90 €.

Dittmar Dahlmann (Hrsg.), Unfreiwilliger Aufbruch. Migration und Revolution von der Französischen Revolution bis zum Prager Frühling (Migration in Geschichte und Gegenwart, Bd. 2), Klartext Verlag, Essen 2007, 200 S., kart., 24,90 €.

Die beiden Bände versammeln Referate von ersten Tagungen 2000 und 2002 der in den Neunzigerjahren gegründeten Gesellschaft für Historische Migrationsforschung. Sie dokumentieren erkennbar noch die adäquate Suche nach und die theoretische Reflexion über ihren Gegenstand. Epistemologisch verstehen sich die Beiträge in der Tradition der von der Historischen Schule der Nationalökonomie sowie der Regional- und Alltagsgeschichte beeinflussten Wanderungsforschung, die nach den demografischen, ökonomischen, sozialen und politischen Ursachen der (Aus-)Wanderungen und deren Erfahrungen in unbekanntem neuen Lebenswelten fragt und dabei vor allem die Arbeitsmigration im Blick hat.

Das belegt insbesondere der erste Band, der sich auf das 18. und 19. Jahrhundert beschränkt, weil in diesen Zeiträumen die umfassendsten europäischen Wanderungen stattgefunden hätten. Die Originalität der Beiträge liegt vor allem darin, dass sie weniger die vielfach bekannte »nasse Auswanderung« nach Westen über den Atlantik, in die USA, thematisieren, sondern stärker der »trockenen Auswanderung« in Europa, besonders nach Osten, nach Russland, Preußen, Österreich-Ungarn etc., folgen. Dabei wird etwa dargelegt, wie einerseits Migrationen von dynastisch-verwandtschaftlichen Beziehungen gezielt gefördert wurden, andererseits aber auch Wanderungsimpulse vom Fall der feudal-absolutistischen Mobilitätsbeschränkungen ausgingen. So kann der Band zeigen, dass Migrationen normale Vorgänge nicht nur in den modernen Gesellschaften sind, sondern in allen Sozialordnungen vorkommen. Zugleich werden dabei die überkommenen Forschungsparadigmen als zu enge Perspektiven kritisiert, einerseits der »Modernisierungs-

zentrismus« – neun von zehn Migrationsstudien gehen von der Industrialisierung aus –, andererseits der »Staatszentrismus«, wie er etwa in der preußischen Peuplierungspolitik, in der imperialistischen Kolonialpolitik oder generell in Einwanderungsbestimmungen zu erkennen ist.

Die politischen, religiösen und ethnischen Verfolgungen, die die Migrationsprozesse seit dem 20. Jahrhundert in bisher unbekanntem Ausmaß kennzeichnen und den Typus des Flüchtlings, Vertriebenen und Exilanten als Massenerscheinung hervorgebracht haben, bereiten den Zugriffen der Beiträge allerdings erhebliche analytische Probleme. Während im ersten Band Flüchtlinge überhaupt nur marginal quasi als Sonderfall der Arbeitsmigration erwähnt werden – »beide erhoffen sich Arbeit und bessere Chancen« (S. 24) –, ist der zweite, auch ihnen gewidmete Band eine doch recht zufällige, nur selten erhellende Aufreihung recht unterschiedlicher Flucht- und Emigrationserscheinungen, die additiv ohne übergreifende Fragestellung oder den Versuch interpretatorischer Gemeinsamkeiten präsentiert werden; nicht zufällig gibt es nur ein knappes Vorwort, das über Formalien nicht hinausgeht.

Schon äußerlich springt diese Komposition ins Auge. Von den insgesamt acht Beiträgen behandeln drei die Phase nach der Französischen Revolution, von denen nur die Studie über die als Reaktion darauf beginnende britische Einwanderungs- und Einbürgerungspolitik (*Alien Act* von 1793) neue und für das Verständnis der weiteren englischen Einwanderungs- und Asylpolitik bis ins 20. Jahrhundert hinein wichtige Kenntnisse vermittelt. Zwei Beiträge beschäftigen sich anschließend mit der russischen Emigration nach der Oktoberrevolution und dem folgenden Bürgerkrieg, die über Bekanntes nicht hinausgehen. Dann folgt ein wichtiger und subtiler Beitrag über die Einwanderungsbestimmungen in der Weimarer Republik, die das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz des Kaiserreichs von 1913 unter den herrschenden föderalen Gegensätzen auslegten, dessen Kernbereich (*ius sanguinis* versus des in anderen Ländern üblichen *ius soli*) bekanntlich noch bis 2004 in Deutschland Geltung hatte. Allerdings ist der Aufsatz mit mehr als 50 Seiten, die den Umfang von einem Viertel des ganzen Bandes beanspruchen, alles andere als lesefreundlich, denn die Autorin hat nicht darauf verzichtet, den weiteren historischen Kontext allzu detailfreudig mit darzustellen. Abgeschlossen wird der Band von zwei Beiträgen über die Wanderung aus den ehemals preußischen Gebieten Polens nach dem Ersten Weltkrieg sowie über das tschechoslowakische Exil nach Ende des Prager Frühlings 1968.

Nur dieser letzte reflektiert etwas präziser das sozialpsychologische und politische Profil der Exilanten von 1968, hier im Vergleich zu denen des kommunistischen Staatsstreichs 1948 in Prag. In den anderen Beiträgen überwiegen dagegen quantitative und gruppensoziologische Befunde, hinter denen die politischen Ziele der von dem Band herausgestellten »unfreiwilligen« Migration, ihr Denken in der Isolierung der Fremde, die Reflexion über die Ursachen und Verantwortlichen ihres Schicksals diffus bleiben.

Immerhin zeigen die beiden Bände wichtige Annäherungen an neu dimensionierte Gegenstände der sozialhistorischen Migrationsforschung. Der künftigen Arbeit wird vorbehalten bleiben, diese Grundlegungen weiter zu differenzieren. Mit der neueren Akkulturationsforschung oder den jüngsten, von den *Postcolonial Studies* formulierten Theorieansätzen stehen dazu provozierende Instrumentarien zur Verfügung. Insbesondere die begrifflichen Konstruktionen der letzteren, die kulturellen Mischformen sogenannter Hybridexistenzen in den »dritten Räumen« der heterogenen Migrantenmilieus könnten dafür weiterführende Schneisen schlagen.

Claus-Dieter Krohn, Hamburg

Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburger Edition, Hamburg 2007, 412 S., geb., 28,00 €.

»Gemeinschaft«, so formulierte es bereits 1924 Helmuth Plessner, der damals 32-jährige Privatdozent für Philosophie an der Universität Köln, sei »das Idol dieses Zeitalters«. In ihrer »Vergötterung« komme ein »sozialer Radikalismus« zum Ausdruck, der die Menschen glauben mache, es gebe einen Zustand idealen Zusammenlebens, der ohne Gewalt auskomme. Dass dieses utopische Endziel aber einer revolutionären Umwälzung der bestehenden Verhältnisse bedürfe, werde verschwiegen. Plessners Kritik, die unter dem Eindruck der alliierten Rheinland- und Ruhrbesetzung entstand, richtete sich gegen die »völkische« und die kommunistische Hypostasierung des Gemeinschaftsgedankens, wie sie im »Ruhrkampf« des Jahres 1923 zum Ausdruck kam. Sein damit einhergehendes Plädoyer für »Gesellschaft«, verstanden als Raum, der dem Einzelnen hinreichende Distanz zur Bildung von Individualität lässt, ist während der Weimarer Republik bekanntlich auf wenig Resonanz gestoßen. Im Gegenteil: In allen politischen Lagern brach sich der Gemeinschaftsgedanke Bahn und unterminierte die Fundamente der ohnehin fragilen Demokratie.

Michael Wildt, langjähriger Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung und durch wichtige Monografien zum Reichssicherheitshauptamt der SS und zur NS-Judenpolitik ausgewiesen, nimmt den Gemeinschaftsdiskurs in der Weimarer Republik zum Ausgangspunkt, um sich einem Thema zu widmen, das erst seit wenigen Jahren auf der Agenda der historischen Forschung steht. Es geht um die Frage, auf welche Weise sich im Dritten Reich jene »Volksgemeinschaft« konstituierte, die die Nationalsozialisten in ihrer Wahlkampfgitation während der Weimarer Zeit stets vollmundig versprochen hatten. Zu diesem Zweck skizziert Wildt die Genese des »Volksgemeinschaftsdiskurses«, den er mit den »Ideen von 1914« und dem »Fronterlebnis« des Ersten Weltkrieges beginnen sieht. Nach der Kriegsniederlage 1918/19 und der Gründung der ungeliebten Republik wurde »Volksgemeinschaft« dann bald zu einem Sammelbegriff, der für fast alle gesellschaftlichen Gruppen anschlussfähig war. Protestantische und »völkische« Kreise sahen in einem integralen Nationalismus, der das »Großdeutsche Reich« entlang der »Volks-tumsgrenze« definierte, ihre Erfüllung. Sozialdemokraten und Kommunisten erstrebten eine Solidargemeinschaft aller unterdrückten Klassen, und Katholiken bot das Modell der bedrohten Glaubensgemeinschaft spätestens seit dem »Kulturkampf« einen willkommenen Anknüpfungspunkt. Alle drei Gruppen operierten mit dem Begriff der »Volksgemeinschaft«, unter dem sie im Einzelfall aber Unterschiedliches verstanden.

Eine gemeinsame Stoßrichtung ergab sich nun jedoch aus der Logik des Begriffs, denn diese erforderte zwangsläufig eine Festlegung, wer zur »Volksgemeinschaft« gehören sollte und wer nicht. Dabei ging es nicht zuletzt darum, Kriterien von Inklusion und Exklusion zu entwickeln. Wildt zeichnet nach, wie sich insbesondere die »Völkischen« und die Nationalsozialisten während der Weimarer Zeit darin hervortaten, die Grenzen dieser Gemeinschaft zu ziehen, indem sie Juden überfielen, deren Eigentum zerstörten und antisemitische Ausschreitungen inszenierten. Die meist sozialdemokratisch geführte Polizei ging gegen diese Gewalt nur halbherzig vor. Ein Führer der katholischen BVP forderte 1920 bei einer öffentlichen Versammlung, »80.000 verlauste Ostjuden« aus dem Deutschen Reich hinauszuerwerfen, was die Zuhörer mit dem Zuruf »Schlagt sie tot!« quittierten. Dennoch betont Wildt, dass sich die demokratischen Kräfte in der Weimarer Republik der Sogwirkung der antijüdischen Gewalt noch entziehen konnten. Dies habe sich nach dem 30. Januar 1933 geändert, weil die Nationalsozialisten nunmehr als verlängerter Arm der Reichsregierung fungierten und ihre Gewalt gegen Juden ins Uferlose ausdehnen konnten. Anhand vieler Einzelbeispiele schildert Wildt chronologisch jene antijüdischen Gewaltexzesse, die mit dem reichsweiten »Judenboykott« am 1. April 1933 begannen, sich über den Pogrom des Sommers 1935 fortsetzten und in der »Reichskristallnacht« vom 9.

und 10. November 1938 kulminierten. Dabei stützt sich der Autor auf die im Moskauer Sonderarchiv überlieferten Akten des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die von Otto Dov Kulka und Eberhard Jäckel edierten Stimmungsberichte von NS-Behörden zur »Judenfrage« und die umfangreiche Lokalforschung zur Judenverfolgung in der NS-Zeit.

Wildt liefert eine »dichte Beschreibung« der antijüdischen Gewaltexzesse, die im Falle der sogenannten Prangerumzüge vom Sommer 1935 besonders eindringlich ausfällt. Dabei wurden nichtjüdische Frauen, denen man sexuelle Beziehungen zu Juden unterstellte, und jüdische Männer, die mit »arischen« Frauen zusammenlebten, von NS-Aktivisten durch den Ort getrieben und der »Rassenschande« bezichtigt. Diese Prangerstrafen schlossen an die seit dem 12. Jahrhundert bei der Gründonnerstagsliturgie gängige Praxis öffentlicher Buße an, mit der jedwede Verletzung von Sexualnormen sanktioniert worden war. Seit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches 1848/49 waren diese Strafpraktiken ausdrücklich verboten. Die von den NS-Aktivisten inszenierten Prangerumzüge erinnerten insofern an mittelalterliche Formen der »Volksjustiz«. Der Autor bezeichnet die gesamte antijüdische Gewalt als »Selbstermächtigung«, die auf direkte körperliche Verletzung der Opfer abzielte. Die NS-Justizbehörden zeigten keinerlei Interesse daran, diese Delikte strafrechtlich zu verfolgen, und verstießen in vollem Bewusstsein gegen das Verbot der Justizverweigerung. Der bürgerliche Rechtsstaat demontierte sich nach 1933 also größtenteils selbst.

Die »Volksgemeinschaft«, daran lässt Wildt keinen Zweifel, korrespondierte seit dem Ersten Weltkrieg immer mit unterschiedlichen Vorstellungen beziehungsweise Praktiken von Exklusion und Inklusion. In der antijüdischen Gewaltausübung kamen beide Aspekte zusammen. Die Exklusion der jüdischen Opfer ging mit einer Inklusion der unmittelbaren Tatbeteiligten und der Zuschauer einher. Für die NSDAP und ihre paramilitärischen Formationen brachte die Gewaltpraxis den erwünschten Nebeneffekt mit sich, ihre Kader zu mobilisieren. Das bloße Zuschauen wiederum, das, wie Wildt zeigt, ein Massenphänomen war, machte viele Deutsche zu Komplizen der Gewalt. Bei der Beurteilung des Verhaltens der Bevölkerung gegenüber der NS-Judenpolitik kann, so schlussfolgert der Autor, die lange übliche Trennung zwischen Beteiligung, Komplizenschaft und Indifferenz insofern nicht mehr aufrechterhalten werden. Seine Studie vermittelt zudem zwei weitere wichtige Einsichten. Zum einen blieb die »Volksgemeinschaft«, die durch die Gewalt gegen Juden geschaffen wurde, in erster Linie auf ländliche Gebiete beschränkt. Zum anderen erwies sie sich als temporäres Phänomen, das sich im Grunde genommen im Gewaltakt selbst erschöpfte und danach vor Ort immer wieder neu ausgehandelt werden musste. Die »Volksgemeinschaft« als Folge antijüdischer Gewalttaten war also an Raum und Zeit gebunden. Erst auf diesem Hintergrund wird auch die einleitende Erklärung des Autors verständlich, wonach er keine Gesamtdeutung der NS-Gesellschaft, sondern lediglich eine exemplarische Analyse beabsichtigt habe. Diese Selbstbescheidung erweist sich als analytischer Gewinn.

Mit der vorliegenden Studie deutet sich ein Paradigmenwechsel in der sogenannten Täterforschung zum NS-Staat an. Wildt fragt nicht mehr nach den Akteuren und ihren Motiven, sondern nach den Praktiken, durch die die »Volksgemeinschaft« nach 1933 konstruiert wurde. Diese wird nicht mehr essentialistisch zu definieren versucht, sondern als ein zeitlich und räumlich begrenztes Resultat spezifischer Praktiken verstanden. Der Autor knüpft insofern an kulturgeschichtliche Herangehensweisen an, ohne die Akteure und deren Subjektivität zu verabsolutieren. Sein Vorgehen erinnert an Benedict Andersons Diktum von der Nation als gedachter Ordnung, die auf der Erfindung eines kollektiv verbindlichen Ursprungsmythos basiere. So gelingt es Wildt, den Begriff der »Volksgemeinschaft«, dessen Herkunft sich bis zu Friedrich Schleiermacher zurückverfolgen lässt, zu einem Instrument historiografischer Analyse zu machen. Er lässt keinen Zweifel daran,

dass die Gewalt gegen Juden nur ein Politikfeld war, das für die Etablierung der »Volksgemeinschaft« von Bedeutung war. Weitere Praktiken, etwa die polizeiliche Disziplinierung, die totale Organisation der Bevölkerung in der NSDAP oder die biopolitischen Klassifikationsschemata der Humanwissenschaften, hielten die Dynamik von Exklusion und Inklusion im NS-Staat in Gang. Die Frage, inwieweit die »Volksgemeinschaft« nach 1933 tatsächlich Realität wurde, erweist sich in diesem Zusammenhang als weniger bedeutsam. Wichtiger wird es sein, die »volksgemeinschaftlichen« Praktiken in ihren Wechselwirkungen herauszuarbeiten und deren unterschiedliche Ausprägung in der Raum- und Zeitdimension zu berücksichtigen. Die vorliegende Studie eröffnet ein neues Forschungsfeld, und darin liegt ihr vielleicht größtes Verdienst.

Armin Nolzen, Warburg

Stefan Remeke, Gewerkschaften und Sozialgesetzgebung. DGB und Arbeitnehmerschutz in der Reformphase der sozialliberalen Koalition (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 33), Klartext Verlag, Essen 2005, 519 S., geb., 39,90 €.

Dies ist ein Buch, das hält, was der Klappentext verspricht. Stefan Remekes Studie über Arbeitnehmerschutz in der »Ära Willy Brandt« fördert in der Tat »bislang verborgene Innenansichten der deutschen Gewerkschaften zutage und ermöglicht Einblicke in das Alltagsgeschäft und die politische Kultur im Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes«. Wen das interessiert? Alle diejenigen zum Beispiel, die sich fragen, wie der westdeutsche »Sozialstaat« zu dem geworden ist, der er heute ist; alle, die wissen wollen, wer dafür (auch) verantwortlich ist und warum; und es interessiert nachweislich jene, die »die Funktionsweise der deutschen Wirtschaft als Ganzes« besser verstehen wollen⁷ – insgesamt also eine ganze Reihe von Leuten.

Im Vordergrund der Studie, die im Mai 2003 an der Bochumer Ruhr-Universität als Dissertation angenommen wurde, steht die Frage nach dem Einfluss der Gewerkschaften auf die westdeutsche Sozialgesetzgebung. Indem Remeke sich auf die Reformphase der sozialliberalen Regierung (1969–1974) konzentriert hat, als mit Walter Arendt erstmals ein sozialdemokratischer Gewerkschafter dem Bundesarbeitsministerium vorstand, hat er einen Zeitraum maximaler Gestaltungsmöglichkeiten ins Visier genommen. Anhand seiner Ergebnisse wird sehr deutlich, dass das Schreckgespenst vom »Gewerkschaftsstaat«, das Unternehmer gemeinsam mit konservativ-bürgerlichen Politikern genau zu diesem Zeitpunkt erstmals beschworen⁸, keineswegs völlig aus der Luft gegriffen war. Remeke spricht mit Blick auf den DGB gar von einem »virtuellen Mitglied der Regierungskoalition« (S. 375). In erster Linie aber fragt er nach den Bedingungen, unter denen der DGB diese Rolle wahrnahm. Er spürt Prozessen der Meinungsbildung, Strategien der Durchsetzung und gewerkschaftlichen Antriebskräften nach. Remeke versucht, die organisationsstrukturellen und ideellen Fundamente einer der erfolgreichsten Phasen gewerkschaftlicher (Sozial-)Politik aufzudecken; wenn man so will, das Geheimnis des Erfolgs zu lüften. Weil dies trotz des klaren Bekenntnisses zu einem gewerkschaftsnahen Standpunkt keineswegs unkritisch vonstatten geht, sind seine Ergebnisse mitunter wenig schmeichelhaft, dafür aber umso klarer. Doch der Reihe nach.

⁷ Werner Abelshauer, Im Maschinenraum. Gewerkschaftliche Mitwirkung am Gesetzgebungsprozeß, in: FAZ, 24.07.2006, Nr. 169, S. 8.

⁸ Wilhelm Weisser (Hrsg.), Auf dem Weg in den Gewerkschaftsstaat?, Köln 1974.

Um einen wirklich tiefen Einblick in die Funktionsweise des Gewerkschaftsapparats zu erlangen, widmet sich Remeke der Arbeitsschutzpolitik als Untersuchungsgegenstand. Arbeitsschutz war zwar ein zentrales Teilgebiet gewerkschaftlicher Sozialpolitik, doch nahm er keinen derart exponierten Stellenwert in Selbstverständnis und Außendarstellung der Gewerkschaften ein wie etwa die Gestaltung der industriellen Beziehungen oder tarifrechtliche Fragen. Es gab daher weniger Effekte der Überformung durch tagespolitische Konstellationen mit akuter Brisanz. Konsequenter und übersichtlicher bilden drei Fallstudien zum technischen Arbeitsschutz, zum Schutz bestimmter Personengruppen (Frauen, Jugendliche, Behinderte) und zum Lohn-, Arbeits- und Bestandsschutz den Hauptteil der Arbeit. Ihnen vorangestellt sind zwei umfangreiche einleitende Kapitel, in denen das Thema »Gewerkschaften und Sozialgesetzgebung« zunächst allgemein und dann konkreter »Gewerkschaftsbund und Arbeitsschutz« eingeführt werden. Den Abschluss bildet ein synthetisierendes Kapitel zur Rolle der Gewerkschaften als »Moderator der Moderne«.

Remeke, der umfangreiches Archivmaterial durchforstet hat, arbeitet heraus, dass der DGB in der Reformphase der sozialliberalen Regierung als zentraler »Motor moderner Sozial- und Wohlfahrtspolitik« fungierte. Unabdingbare Voraussetzung dafür waren die engen Verbindungen zur Sozialdemokratie, die mit der Regierungsbeteiligung seit der Großen Koalition über zunehmende politische Handlungsspielräume verfügte. Remeke erkennt ein »politisches Netzwerk«, das je nach äußeren Bedingungen in unterschiedlichen Konstellationen erfolgreich belastet werden konnte (S. 41 ff., 464): Geeint durch das gemeinsame Ziel, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, übernahmen beim »Maschinenschutzgesetz« (1966/68) etwa die Gewerkschaften den Part, Forderungen zu erheben und Fachkompetenz einzubringen, während die Sozialdemokraten im Bundestag an der politischen Realisierung gesetzlicher Neuerungen arbeiteten. Als Arendt schließlich Arbeitsminister war, hatte der DGB exklusiven Zugang zu diesem Politikfeld. Der Minister diente als »schützende Person« – zur Not auch gegenüber aufmüpfigen Einzelgewerkschaften, die sich durch eine solch enge Verbindung an der Spitze übergangen fühlten.

Diese Koalition zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie basierte auf einer gemeinsamen Programmatik und Ausrichtung, als deren Kern Remeke eine »retrospektive Deutung des Sozialen« ausmacht. Diese erfuhr ihre Ausprägung im Zuge einer Neuorientierungsphase während der Sechzigerjahre, in der sich die Institutionen der Arbeitnehmervertretung in Abgrenzung von der bürgerlichen Sozialpolitik der Fünfzigerjahre neu positionierten. Angesichts der neuen politischen Handlungsspielräume, die sich seit dem Ende der Sechzigerjahre abzeichneten, verfestigte sich diese Haltung im Aufwind einer nun gemeinsam umso stärker forcierten »Nachholpolitik«. Diese wiederum war von entschiedenem Tatendrang ebenso geprägt wie von vielfältigen Organisationsegoismen auf verschiedensten Ebenen, was dazu führte, dass für neue Standortbestimmungen weder Raum noch Zeit blieb. Die mit einem solchen traditionellen Orientierungsrahmen einhergehende ambivalente Rolle der Gewerkschaften als »Moderatoren der Moderne« wird besonders deutlich in Remekes zweiter Fallstudie zu »Geschlecht und Generation«. Hier zeigt er unmissverständlich auf, dass der DGB kein bedingungsloser Anwalt des sozialen Wandels hin zur Arbeitsgesellschaft war, sondern eher ein Vertreter langfristig gewachsener sozialpolitischer Überzeugungen. Zwar habe es in den Siebzigerjahren Ansätze eines »Aufbruchs« gegeben (Mitgliederzuwachs, Politisierung der Jugendarbeit, feministische Frauenpolitik), doch »vollzogen die Gewerkschaften die Umbrüche der Arbeitswelt nicht immer kongruent und mit verzögerter Reaktionszeit nach« (S. 380 f.). Dass sie dennoch zugleich als »sozialpolitisches Gedächtnis« fungierten, rechtfertigt ihre Einordnung als gewichtigen Faktor »moderner Sozial- und Wohlfahrtspolitik« unwidersprechlich.

Trotzdem: Ohne einen Vergleich mit anderen Akteuren westdeutscher Sozialstaatlichkeit lassen sich Ausmaß und Eigenheit der Gestaltungskraft des DGB nicht abschließend bestimmen. Genauso bleibt die Frage nach dem Gewicht von Einzelgewerkschaften mit

eigener Stimme und möglicherweise gar höherem Innovationspotential unbeantwortet. Man denkt natürlich an die IG Metall, die in den Achtziger- und Neunzigerjahren mit Norbert Blüm und Walter Riester die bekanntesten Arbeitsminister stellte, während der DGB angesichts anhaltender Reallohnverluste und gewerkschaftlichen Mitgliederschwunds mit schweren Halsschmerzen zu kämpfen hatte. Und: Das Buch ist zu dick. Als Leserin ohne gewerkschaftshistorisches Detailwissen hätte man sich über eine knappere Einleitung anstelle der zwei umfangreichen einleitenden Kapitel gefreut. Angesichts der überzeugenden Ergebnisse bedarf es hier keiner zusätzlichen Legitimation, etwa durch die Dokumentation umfangreicher Literaturkenntnisse, eine akribisch begründete Quellenauswahl oder einen Fußnotenapparat, der schätzungsweise ein Viertel bis Drittel des Buchumfangs ausmacht. Unbedingt lesenswert sind indessen die synthetisierenden Kapitel am Ende der einzelnen Fallstudien. Hier erfährt man knapp und gut strukturiert, was man wissen will. Hier sind auch die analytischen Begrifflichkeiten klar und erkenntnisbereichernd.

Wenn Remeke im abschließenden Kapitel hingegen mit Begriffen wie »Moderne« und »Modernisierung« hantiert, während er vorher hauptsächlich den viel passenderen Begriff »Arbeitsgesellschaft« verwendet, dann ist das vor allem schade, da er im Einzelnen wirklich spannende Überlegungen entwickelt hat. So stellt sich angesichts seiner Ergebnisse in der Tat die Frage, wie sich eigentlich der westernisierte Konsenskapitalismus der 60er Jahre – verstanden als Ausdruck der gewerkschaftlichen »Ankunft im Westen« – mit dem forcierten Sozialstaatsausbau während der frühen 70er Jahre verträgt. Handelt es sich um parallele Phänomene auf zwei unterschiedlichen Ebenen? Waren nur die konsensorientierten Spitzengremien von der Konzertierten Aktion bis zur sozialpolitischen Gesprächsrunde westernisiert, während in den Tiefen des gewerkschaftlichen Mikrokosmos mit seinen vielfältig nach außen verflochtenen Kommissionen, Gremien, Ausschüssen und Sonderarbeitsgruppen weiterhin ein traditioneller sozialpolitischer Korporatismus praktiziert wurde? Solche Fragen aufgeworfen zu haben, die angesichts tiefer Einsichten in die Funktionsweise des DGB während der Siebzigerjahre neue Perspektiven auf einen zentralen Akteur der westdeutschen Arbeitsgesellschaft eröffnen, das ist das Verdienst dieser Arbeit.

Ruth Rosenberger, Trier

Jennifer A. Davy/Karen Hagemann/Ute Kätzel, Frieden – Gewalt – Geschlecht. Friedens- und Konfliktforschung als Geschlechterforschung (Frieden und Krieg – Beiträge zur Historischen Friedensforschung, Bd. 5), Klartext Verlag, Essen 2005, 406 S., kart., 22,00 €.

Die Frage der geschlechtergeschichtlichen Dimensionen von »Frieden« wurde in der bundesdeutschen historischen Friedensforschung bisher kaum systematisch und diachron vergleichend untersucht. Dem möchte dieser Band abhelfen. Wie Karen Hagemann in ihrer umsichtigen und weit ausgreifenden Einleitung herausarbeitet, soll es vor allem um vier Bereiche gehen: das Geschlecht der politischen Akteure selbst; das *gendering* der Diskurse über Krieg und Frieden, sowohl auf Regierungs- als auch gesellschaftlicher Ebene; das *gendering* von Friedenspolitiken und Rechtssystemen; und nicht zuletzt die geschlechtergeschichtliche Dimension von Gewaltausübung und Gewalterfahrung. Es ist dabei wohlthuend, dass Hagemann den sehr unscharfen Begriff der »strukturellen Gewalt« (Johan Galtung), der in der Friedensforschung immer noch populär ist, verwirft und sich statt dessen auf den von Heinrich Popitz hervorgehobenen Kerninhalt von Gewalt besinnt, nämlich die physische Verletzung anderer als Akte der Machtausübung. Allerdings hätte man sich zum »Frieden« als »sozialem Begriff« (S. 43) ebenso klare Hinweise auf seinen Charakter als Begriff, welcher nicht nur Zielutopien, sondern auch Bewegung ausdrückt, gewünscht.

In seinen intellektuell sehr anregenden auf hohem methodologischen Niveau argumentierenden Bemerkungen baut Thomas Kühne diese Bemerkungen aus historischer Perspektive aus und verweist auf den ambivalenten Charakter des *gendering*, also der geschlechtsspezifischen Aufladung, von Debatten über Frieden und Krieg. Er fordert deshalb dazu auf, gerade diese Widersprüchlichkeit der Geschichte zum Gegenstand der Historischen Friedensforschung zu machen – eine Forderung, welche die immer noch stark vom Pathos und der binären Bewegungsrhetorik geprägten internationalen Friedensforschung endlich an den Stand der allgemeinen historischen Forschung heranführt. Zum einen sind binäre, auf Geschlechterdifferenzen aufbauende Codierungen (wie z. B. empathisch/gewaltsam, friedlich/kriegerisch, männlich/weiblich) selbst durchaus flüssig, unsicher und historisch kontingent. Sie sollen Eindeutigkeit schaffen, sind jedoch in sozialen Kontexten durchaus polyvalent. Andererseits haben solche Codierungen zum einen exkludierende, ganz wesentlich aber auch gesellschaftlich-integrierende Wirkungen. Ein ähnliches Ziel wie Kühne verfolgt Hanne-Margret Birkenbach für die politikwissenschaftliche Friedens- und Konfliktforschung, kommt aber über eine solide Zusammenfassung des Forschungsstands nicht wirklich hinaus.

Angesichts der innovativen Bemerkungen im ersten Teil des Bandes enttäuscht es dann ein wenig, dass die Beiträge des ersten Hauptkapitels letztlich Organisationsgeschichten von Teilen nationaler Friedensbewegungen unter dem Aspekt *gender* bieten. Die Befunde differenzieren zwar vorhandenes historisches Wissen, fördern aber keine substanziell neuen Erkenntnisse zutage. So widmet sich Heloise Brown dem Entstehen eines feministischen Pazifismus innerhalb des britischen Co-Operative Movement im späten 19. Jahrhundert. Annika Wilmers referiert die eigentlich schon aus Leila Rupps bahnbrechender Studie bekannten Friedensdiskurse innerhalb der internationalen Frauenfriedensbewegung im Ersten Weltkrieg.⁹ Glenda Sluga geht in einer etwas konfusen Argumentation der Frage nach dem *gendering* der Völkerbundordnung nach dem Ersten Weltkrieg nach. Jennifer Davys anregender Aufsatz setzt sich von den anderen Aufsätzen deutlich ab, weil sie nämlich konsequent die Ambivalenzen des *gendering* für den Anti-Militarismus der Weimarer Republik beleuchtet und Konstruktionen eines »männlichen« und »weiblichen« Aktivismus herausarbeitet.

Im zweiten Teil des Bandes geht es um »Friedenspolitiken nach 1945« und die Art und Weise, wie »Frieden« in öffentlichen und Bewegungsdiskursen jeweils geschlechtsspezifisch aufgeladen wurde. Irene Stoehr analysiert den Wandel bundesdeutscher Diskurse um Frieden und Geschlecht in den Fünfzigerjahren, Christine Eifler bietet eine interessante Analyse der geschlechterpolitischen Implikationen der Friedenspolitik der DDR. Ute Kätzel untersucht das *gendering* der bundesdeutschen Diskurse über Gewalt um »1968« herum. Belinda Davis brillanter Beitrag zum *gendering* der Friedenssemantiken der westdeutschen Friedensbewegung der Achtzigerjahre schließt diese Sektion ab.

Die Beiträge in den beiden letzten Teilen des Bandes beschäftigen sich mit zwei gegenwartsbezogenen Themenkomplexen. Uta Klein analysiert die Geschlechterfrage im israelischen Friedensdiskurs und Martina Kamp erforscht die Trias von Geschlecht, Kolonialismus und Nation im Irak. Sodann erörtern Volker Böge die Bedeutung von *gendering* in Strategien der Friedensförderung. Gitti Hentschel diskutiert ethische Fragen der Sicherheitspolitik aus feministischer Perspektive. Eine hilfreiche (obwohl besonders im Bereich der Bewegungsforschung unvollständige) Auswahlbibliografie rundet den Band ab.

Insgesamt bietet der Band einen guten Überblick zum Potenzial des von Hagemann in der Einleitung formulierten Forschungsansatzes, obwohl man sich eine insgesamt weniger euro- (und besonders: Deutschland) zentrische und vielleicht auch mehr transnational-

⁹ Leila J. Rupp, *World of Women. The Making of an International Women's Movement*, Princeton 1997.

vergleichende Perspektive gewünscht hätte. Die große Mehrzahl der Aufsätze verfolgt das recht bescheidene Ziel, Frauen als Subjekte der Geschichte den Männern gleichzustellen. Man kommt jedoch, wie Kühne in seinem Beitrag bemerkt, wahrscheinlich weiter, wenn man als Ausgangspunkt der Analyse die Vorstellung von Friedensbewegungen als Männerbünde wählt. Die eigentlich spannendere und in den meisten Beiträgen nur gestreifte Frage, wie solche Handlungserfahrungen mit Geschlecht (und zwar sowohl männlichem als auch weiblichem) als Variable sozialer Beziehungen korrelieren, bleibt deshalb weiteren friedenshistorischen Forschungen vorbehalten. Ein eigener Buchteil zu »Männlichkeit und Gewalt«, der lediglich dominante gesellschaftliche Normen reproduziert, wäre aus dieser Perspektive gar nicht notwendig gewesen, da er den Blick auf die Ambivalenzen von sozialer Inklusion und Exklusion durch *gendering* verbaut. Diskurse über Weiblichkeit und Männlichkeit sind letztlich nur in ihrer gegenseitigen Bezogenheit historisch angemessen zu analysieren.

Holger Nehring, Sheffield

Hermann Schueler, Trotz alledem. Der Vorwärts – Chronist des anderen Deutschland, Vorwärts-Buch Verlagsgesellschaft, Berlin 2006, 655 S., kart., 28,00 €.

Fleiß und Ausdauer stehen hinter diesem Buch: 20 Jahre lang hat der Autor Hermann Schueler an seinem Werk über die SPD-Zeitung *Vorwärts* als Spiegel der deutschen Geschichte gearbeitet. Dabei brachte er dreierlei persönliche Voraussetzungen ein: Für den letzten und kürzesten Abschnitt des Buches, der die Geschichte nach 1945 behandelt, ist Schueler Zeitzuge. Von 1966 bis 1983 wirkte er in der *Vorwärts*-Redaktion, unter anderem als Chef vom Dienst, stellvertretender Chefredakteur und politischer Redakteur und Kommentator. Seinen persönlichen Bezug macht der Autor eingangs hinreichend deutlich. Sein journalistischer Hintergrund dürfte der Grund dafür sein, dass dieses Buch frisch und fesselnd formuliert ist, beinahe reportagehaft, und den Mut zur pointierten Bewertung findet. Zudem ist Schueler als promovierter Politikwissenschaftler für sein Unternehmen gewappnet. Neben Interviews und gedruckten Quellen zieht er Material aus 33 internationalen Archiven und Bibliotheken heran. Allerdings kommt die Arbeit bei über 500 Seiten Text mit nur 48 Anmerkungen – die eben auch als solche und nicht als Belege fungieren – aus. Dies ist für die wissenschaftliche Verwendung des Buches angesichts der zahlreichen verwendeten Quellen bedauerlich, vermutlich aber dem journalistischen Duktus geschuldet. Ansonsten ist das Buch gut ausgestattet mit Glossar, Personenregister, Abbildungen und einer siebenseitigen Auswahlbibliografie.

Anhand des *Vorwärts* (samt seiner vielfältigen Vorläufer und der aus ihm hervorgegangenen Publikationen) befasst sich Schueler mit der »Geschichte im originären Sinne als [der] Bewusstwerdung des gesellschaftlichen Wandels« (S. 10). Er zeigt die sozialen und politischen Bedingungen auf, in denen die Arbeiterbewegung und ihre Zeitungen entstanden, sich entwickelten, Einfluss nahmen und somit zum Spiegel der Zeitläufe wurden. Der Focus ruht dabei meist auf den handelnden Persönlichkeiten, die oft politische und journalistische Rollen zugleich spielten. Die Ansichten, wechselseitigen Beziehungen und auch Abneigungen der Akteure, wie sie etwa zwischen Marx und Engels und ihrem »gestressten Zeitungsknecht Wilhelm Liebknecht« (S. 127) aufgezeigt werden, werfen Schlaglichter auf widerstreitende Lager und Richtungskämpfe in der Arbeiterbewegung. Die Biografien der Akteure werden auch danach befragt, welche Folgen ihr journalistisches Wirken für ihr jeweiliges Lebensschicksal hatte. Gerade in Zeiten der Verfolgung wie unter dem Sozialistengesetz oder dem Nationalsozialismus resultierten aus ihrem Engagement vielfach Ausweisung, Gefängnis oder gewaltsamer Tod.

In chronologischer Reihenfolge beschreibt der Autor die Entwicklung vornehmlich der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Ihren Ausgang nimmt die Darstellung in der Mitte des 19. Jahrhunderts, als die Bewegung sich dezentral gründete und eher »obskure« (S. 22) Versuche unternahm, die Arbeiter unter den Druckfahnen einer leitenden Zeitung zu sammeln. Ein Leitmotiv der Darstellung bildet der immerwährende Konflikt zwischen redaktioneller Freiheit und den Versuchen seitens der Parteiführung, Meinungshoheit in den Schreibstuben zu erringen. Immer wieder wird die Geschichte der Parteipresse in die großen (partei-)politischen Ereignisse eingebettet – etwa als im Zuge der Kriegsfrage 1870 »Lassalleaner und Eisenacher sich aufeinander stürzten wie Todfeinde« (S. 158). Die kenntnisreiche Erzählung führt weiter über wichtige Wegmarken wie die russische Revolution von 1905, den Revisionismusstreit, den Ersten Weltkrieg und die damit einhergehende Parteispaltung, die auch das Netz der eigenen Presselandschaft zerriss. Schließlich wird, wie es zuvor mehrfach anklingt, der Niedergang der politischen Kultur in der Weimarer Republik bis hin zu Verbot und Verfolgung der Sozialdemokratie und ihrer Medien geschildert.

Nach dieser Zäsur zeichnet Schueler auf den letzten 30 Seiten unter dem Motto »Totgesagte leben länger« zunächst die mit dem eingeschmuggelten *Neuen Vorwärts* verbundene Widerstandsgeschichte nach. Dabei zeigt er Differenzen zu früheren Verfolgungssituationen und den Bedingungen des Untergrundkampfes auf, der gegen einen totalitären und expansiven Staat nur wenig Erfolgsaussichten hatte.

Ohne autobiografische Aspekte einzuarbeiten, schildert der Autor schließlich auf den letzten 20 Seiten die Nachkriegsgeschichte des *Vorwärts*. Schwerpunkte sind wiederum die Frage nach der Freiheit der Redaktion und die Versuche, das stets defizitäre Blatt zu einer modernen und konkurrenzfähigen Wochenzeitung weiterzuentwickeln. Alle Anläufe in diese Richtung scheiterten jedoch letztlich 1989 mit der Übertragung des Titels auf das Mitgliedermagazin der SPD.

Fehlen im Laufe der Darstellung resümierende Abschnitte, so stellt Hermann Schueler in seinem Fazit doch einen deutlichen Gegenwartsbezug her. Mit Blick auf die Geschichte wertet er, dass derzeit keine Hoffnung auf ein freies Meinungsblatt als Parteizeitung bestehe – »aber Zeiten können sich ändern« (S. 562). Aus dem Gesagten ließen sich drei Prämissen ableiten: Den Konsumenten müsse klar sein, dass auch scheinbar unabhängige Medien interessengeleitet seien. Zweitens schaffe nur freie Kritik Marktwert, Verlautbarungsjournalismus hingegen nicht. Und drittens gebe es Meinungsführerschaft über eigene Medien nicht zum Nulltarif, denn alle »Flaggschiffe« – ob Parteien oder Medienkonzernen zuzurechnen – seien letztlich Zuschussobjekte.

»Trotz alledem« ist eine umfangreiche Fundgrube einiger heiterer, aber auch aufschlussreicher und erhellender Details. Ohne gewisse historische Vorkenntnisse sind manche Darstellungen nicht ganz einfach nachzuvollziehen. Unter dieser Vorbedingung wird aber ein atmosphärisch dichtes Bild verschiedener Epochen geboten – ein »griffiger Anschauungsunterricht«, wie Schueler es in anderem Zusammenhang ausdrückt (S. 27).

Jens Scholten, Essen

Meik Woyke, Albert Schulz (1895–1974). Ein sozialdemokratischer Regionalpolitiker. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt (Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 73), Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2006, 336 S., geb., 28,00 €.#

Biografien über Funktionäre und Politiker der Arbeiterbewegung aus der mittleren Ebene sind nicht gerade häufig. Woyke leistet mit seiner Arbeit, die er 2005 an der Universität Hamburg als Dissertation verteidigt hat, einen wesentlichen Beitrag zur sozialdemokrati-

sehen Lebenswelt in der Region, zur Geschichte der mecklenburgischen Sozialdemokratie mit all ihren Brüchen, die das »Zeitalter der Extreme« für sie bereit stellte. Die Geschichte von Albert Schulz kann dafür exemplarisch stehen.

Erste sozialdemokratische Prägungen erfuhr der aus einfachen Verhältnissen stammende Schulz als Maschinenbauerlehrling auf der Rostocker Neptunwerft. »Freie Jugend« und Arbeiterturnverein waren die Stationen am Beginn eines engagierten politischen Lebens, das Schulz 1913 in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands führte. Im folgenden Jahr brach der Erste Weltkrieg los. Schulz nahm dies, anders als zahlreiche Zeitgenossen, nicht mit patriotischem Hochgefühl, sondern deprimiert zur Kenntnis. Über seine Soldatenzeit liegen nahezu keine Materialien vor, wie Schulz den Krieg erlebte, bleibt im Dunkeln. Leider, so ist zu konstatieren, denn das Kriegserlebnis war für seine Generation prägend wie für keine andere.

In der Zeit der Republik begann die politische Karriere. Ab 1920 stellvertretender Ortsvorsitzender der SPD in Rostock, übernahm Schulz 1929 den Vorsitz und wurde 1931 Mitglied des Bezirksvorstandes Mecklenburg-Lübeck. Von 1921 bis 1933 gehörte er dem Landtag in Schwerin und von Juli bis November 1932 dem Reichstag an. Auch von den neuen Bildungsstätten der Arbeiterbewegung konnte Schulz profitieren. 1923 besuchte er einen Kursus an der sozialistischen Heimvolkshochschule in Tinz/Thüringen. Ab 1924 konzentrierte sich Albert Schulz auf den Aufbau der republikanischen Schutzorganisation »Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold« und wurde deren Gauvorsitzender. Schulz bewegte sich bei mancherlei Kritik an der sozialdemokratischen Führung (»Panzerkreuzer-Bau«) im Fahrwasser der »offiziellen« SPD-Politik – bis hin zum strikt legalen Kurs angesichts des Aufstiegs der NSDAP und deren Machtübernahme im Januar 1933.

Hin und wieder fragt man sich beim Lesen, wo und wie die private Seite hinter der politischen Persönlichkeit existierte: Wie konnte er all das politische Engagement mit seiner Rolle als Vater und Ehemann vereinbaren, wie viel Zeit hatte er für seine beiden Kinder? Hier stößt der Autor wie so mancher Biograf an die Grenzen des Materials. Dort, wo die Quellen es zuließen, versucht Woyke jedoch Schulzes Persönlichkeit auch jenseits der Politik zu zeichnen. Besonders eindringlich sind die Zitate aus Briefen, die Schulz aus der Haft während der NS-Zeit an seine Frau Emma schrieb. Schulz war ab 1933 mehrmals in Haft, zuletzt im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Auch sein übriger Lebensweg in der NS-Diktatur ist für Sozialdemokraten typisch – er schlug sich mit seiner Familie als Tabakhändler durch, hielt Verbindungen aufrecht und ließ sich durch die Nazis nicht korrumpieren. Von aktivem Widerstand konnte nicht die Rede sein. Schulz war als Sozialdemokrat zu bekannt und stand zu stark unter Beobachtung, als dass er sich in einer Widerstandsgruppe hätte betätigen können. Allerdings hatte er über Willy Jesse, einem weiteren Prominenten der Mecklenburger Sozialdemokratie, grobe Kenntnisse über die Staatsstreichpläne.

Nach Kriegsende war Schulz mit jenen Schwierigkeiten konfrontiert, die selbstbewusste Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone allgemein ertragen mussten. Den von KPD und Besatzungsmacht vorangetriebenen Vereinigungsprozess konnte er so wenig wie andere Kritiker aufhalten. Doch unter seinem Einfluss wurden Signale gesetzt, die darauf verwiesen, dass Sozialdemokraten keineswegs bereit waren, den vorgegebenen Parolen widerstandslos hinterherzulaufen. Die Entschließung der Rostocker SPD vom 6. Januar 1946, die eine Einheit nur auf Basis einer deutschlandweiten Urabstimmung unter der Parteimitgliedschaft für akzeptabel hielt, ist ein hervorragendes Beispiel dafür. Den weiteren Weg in der SBZ ging Schulz ab Februar 1946 als Oberbürgermeister von Rostock. Hier taten sich durchaus Handlungsspielräume auf – so konnte Schulz eine Reihe von Sozialdemokraten im Verwaltungsapparat platzieren –, gebrochen wurde dies jedoch durch die unberechenbare Repression der sowjetischen »Organe«. Auch Schulz wurde deren Opfer. 1947 wegen angeblicher »Sabotage« verhaftet und zu zehn Jahren Arbeits-

lager verurteilt, kam er nicht zuletzt auf Intervention Wilhelm Piecks nach drei Monaten frei. Schulz' Beliebtheit nicht nur bei den Rostocker Sozialdemokraten hatte diesen Schritt veranlasst, man wollte keine Unruhe. Er durfte sein Amt wieder aufnehmen, floh jedoch im Sommer 1949 vor erneut drohender Verhaftung über Berlin nach Hamburg.

Im Westen angekommen, machte Schulz wie viele seiner Leidensgenossen die Erfahrung, dass ein Neubeginn in der Freiheit keineswegs einfach war. Eine Stellung wie in Rostock konnte er nicht erlangen. Doch Schulz war viel zu aktiv, um sich aus Politik und Partei zurückzuziehen. Ab Januar 1950 Leiter des Büros der Hamburger Bundestagsabgeordneten, darunter Herbert Wehner, führte ihn sein weiterer Weg in die Funktion des leitenden Bezirkssekretärs der SPD Schleswig-Holstein. Im Unterschied zu den Abschnitten bis 1949 krankt die Darstellung der folgenden Phase in der Bundesrepublik an einer Aneinanderreihung einzelner Aktivitäten und Begebenheiten – dies wirkt ermüdend, der Verzicht auf das eine oder andere Detail wäre eine Bereicherung gewesen. Die Zeit im Westen zeigt Albert Schulz als einen politischen Funktionär, der – auch dies durchaus typisch – trotz großen Engagements unter Akzeptanzproblemen zu leiden hatte. Die West-Genossen begegneten den »Ostzonenflüchtlingen«, die nicht »von hier« waren, mit einem gewissen Misstrauen. Gerade diese politischen Flüchtlinge waren es andererseits, die in jener Zeit des Kalten Krieges lebendige Beispiele für die Unterdrückung im Osten abgaben. Doch Aussagen, wie sie Schulz auf dem Bezirksparteitag in Lübeck 1955, zehn Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, über das »System der Unfreiheit« traf, schossen über das erträgliche Maß hinaus. Jenes System im Osten Deutschlands, so Schulz, sei mindestens ebenso schlimm, womöglich noch schlimmer als die Herrschaft des Nationalsozialismus (S. 286). Hier wäre eine klärende Kommentierung des Autors erforderlich gewesen.

Auf eine methodische Schwäche sei hingewiesen. Woyke beabsichtigt, »unter der erläuternden generationellen Perspektive« vier weitere Führungsfiguren der mecklenburgischen Sozialdemokratie zu betrachten, als differenzierendes Korrektiv in der Fragestellung, inwieweit Schulzes Lebensweg für eine bestimmte Funktionärgeneration als typisch anzusehen sei. Die vier Personen sind die SPD-Spitzenpolitiker Wilhelm Höcker (Jg. 1884) und Carl Moltmann (Jg. 1886), die langjährige Landtagsabgeordnete Margarete Ketelhohn (Jg. 1884) und Willy Jesse (1897). Ob man hier von einer Generation sprechen kann, ist an sich schon fraglich, denn Höcker und Moltmann waren schon zu Zeiten als Funktionäre politisch aktiv, als Schulz und Jesse allenfalls in der Arbeiterjugend mit ihrer Politisierung begannen. Ketelhohn wiederum fällt als eine der wenigen aktiven Sozialdemokratinnen aus den männlichen Generationsprägungen heraus. Vor allem kann Woyke den an sich interessanten Ansatz nicht durchhalten. Außer diversen biografischen Hinweisen auf die Vergleichspersonen fördert er keine wirklich erhellenden Erkenntnisse über Generationsprägungen zu Tage. Entsprechend enttäuschend fällt auch die Zusammenfassung aus. Hier werden die unterschiedlichen Lebenswege lediglich deskriptiv aneinandergereiht. Warum etwa Höcker und Moltmann sich nach 1945 der KPD-Politik weitgehend angepasst haben und Schulz und Jesse dies nicht taten, hätte zumindest problematisiert werden müssen.

Doch davon abgesehen, hat Woyke eine sehr solide und quellengesättigte Arbeit vorgelegt, die den politischen Menschen Albert Schulz in die Zeitläufe einordnet und anhand seines Lebensweges einiges an Information über diese bereit stellt.

Detlev Brunner, Rostock